

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Republik. 1918-1930
38 (1924)**

237 (10.10.1924)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-476573](#)

Die "Republik" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Der Abonnementspreis beträgt für einen Monat 1.60 Goldmark pro Jahr, für Abnehmer von der Epitaphien (Vierteljahr Nr. 70) 1.50 Goldmark, durch die Post bezogen für den Monat ~ 1.50 Goldmark. --

Republik

Ausgaben-Grenzpreise: Mindestens ab dem Raum für Bremen-Duisburg-Hanau und Umgegend 70 Pf. Familienzeitungen 50 Pf., da Rauschen auswirkt. Interessenten 120 Pf., Reklame 8. Mindestens zelle lokal 25 Pfennig, auswärtig 40 Pfennig. Redaktion nach Karl P. Plossorrichter unverbindlich

Norddeutsches Volksblatt - Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg-Ostfriesland - Oldenburger Volksblatt

Hauptredaktion: Peterstraße 76,
Fernsprecher Nr. 58

Wilhelmshaven-Rüstringen, Freitag, 10. Oktober 1924 - Nr. 237

Redaktion: Peterstraße 76
Fernsprecher Nr. 58

Bürgerblock - Reichstagsauflösung?

Ein fraktionsbrief an den Reichskanzler.

Der im vorliegenden Blatt erwähnte, von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion an den Reichskanzler gerichtete Brief lautet folgenden Wortlaut:

"Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Die am Mittwoch morgigen übermittelten Richtlinien über die von der Reichsregierung fürrück zu führende Politik haben wir der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion heute vorgelesen. Die Fraktion hat das Verhalten der sozialdemokratischen Unterhändler gebilligt und diese zu weiteren Verhandlungen mit dem Herrn Reichskanzler bestimmt. Solche Verhandlungen sind nach Auffassung der sozialdemokratischen Fraktion geboten, weil besonders über das außenpolitische Programm der Reichsregierung in Unstruktur der wichtigsten nächsten Ziele der deutschen Außenpolitik absolute Klarheit herzustellen ist. Aber auch in der inneren Politik muß das deutsche Volk den politischen Kurs her erkennen können, unter voller Aufrechterhaltung unserer Prinzipien, im Rahmen des und mündlich von dem Herrn Reichskanzler entworfene Programms tatsächlich mitspielen zu wollen, bitten wir bei den weiteren Verhandlungen eine klarstellung folgender Punkte:

In dem Abzug 1 der Richtlinien, der vom Vorsteher des bestehenden Verfassung vom 11. September, ist das Wort "Republik" vermieden. Als Zeintegrität der großen Koalition gebildet wurde, hat die Deutsche Reichspartei, um möglichst anerkannt, daß der Deutsche Wiederaufbau auf dem Boden der republikanischen Staatsform zu erfolgen habe. Der Führer der Reichsregierung der Deutschen Reichstagsfraktion, Dr. Schröder-Schönings, hat jedoch noch vor kurzem, bei Tagung der Bismarck-Jugend in Braunschweig die Rückführung der Monarchie nach einem erfolgreichen Neuwahlkampf öffentlich propagiert. Das ruft unsre Aufmerksamkeit nach, daß jede Partei, die in der Reichsregierung einzogestellt zu werden hat, in der Frage der Staatsform einer ganz ungewöhnlichen Haltung des Regierungspartnern zu begegnen zu haben hat.

In dem Abzug 2, der den Außenpolitik handelt, steht und die förmliche Formulierung des Kabinettswunsches weniger als ein als die mündliche Verhandlung vom 3. Oktober d. J. erworben ließ. Die Londoner Verhandlungen haben erfreulicherweise, insbesondere wegen des Brtausatzes, doch sich der Herr Reichskanzler dort erneut, die Voraussetzung für eine lachende Beleidigung Erreichbar und damit auch für die Gestaltung stabiler Verhältnisse in Deutschland geschaffen. Unserer Erachtung kommt es jetzt darauf an, vor aller Welt klarzustellen, daß sich die Reichsregierung auf die Fortführung der bisherigen Außenpolitik des Kabinetts Marx festlässt. Eine Partei, die eine solchen Formulierung widerprägt, würde mit Recht den Verdacht wachrufen, daß sie die leichte Anwendung der Dawes-Klausie nur aus politischen Gründen zu innerpolitischem Zwecken abspießen, im Wahlkampf aber lobliker wolle.

Ferner bemerken wir, daß auch der Vorsteher des deutschen Memoranden bis her nicht bekannt ist. Wie nehmen an, daß der Eintritt Deutschlands in den Widerbund so schnell als möglich erfolgt, da schließlich ist, daß Deutschland ein ständiger Anlauf zu gewöhnen werden wird.

Zur mündlichen Besprechung am 3. Oktober d. J. haben wir schon darum hingewiesen, daß das Programm der Reichsregierung die Ratifizierung des Washingtoner Abkommen über den Aufschwung und Entwicklung erlauben müsse. Nach der öffentlichen Erklärung, die der Herr Reichsverkehrsminister nach seiner Besprechung mit den Arbeitsministern Englands, Frankreichs und Belgien abgegeben hat, müssen wir, daß der von uns gewünschten Erklärung aus nichts mehr im Wege stehen kann. Das Vermeiden einer Stellungnahme gerade in diesem Punkte würde die Absichten der deutschen Reichsregierung leicht verhindern, anzuzeigen, die dem Ansehen der deutschen Sozialpartei sehr schädlich sein müßten.

Zu den Abzügen 3, 4 und 5, die die Steuer-, Wirtschafts- und Handelspolitik betreffen, bemerken wir, in Kürze, daß die Schule der menschlichen Arbeitskraft und der Erhaltung der Produktivität der breiten Massenmassen zu treffenden Maßnahmen vor Abfallung der Regierungserklärung genauerer Praktisierung bedürfen. Insbesondere die Arbeitgeber, die Kleinbauern, die Kleingerwerblichen und -arbeiter, die Sozial- und Kleinrentner, die Später und Erwerbslosen sind heute nicht vor dem bittersten Hunger ge-

troffen. Ihnen muss geholfen werden, wenn sie nicht völlig der Verzweiflung anheimfallen.

Wir sind der Überzeugung, daß sich unsere Wünsche im Rahmen des Programms des Herrn Reichskanzlers durchaus erfüllen. Unsere Unterhändler stehen zu einer Befreiung über den uns gewünschten präziseren Formulierungen gerne zur Verfügung.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Hermann Müller, Frankfurt. M. d. R."

(Berliner Eigenmeldung.) Die Beratungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion dauerten fast drei Stunden. Die Mehrzahl der Fraktionsmitglieder ist wiederum am Mittwochmorgen wieder von Berlin abgereist. Es ist vereinbart, daß die Fraktion bereit Ende dieser Woche oder Montag den kommenden Woche sich erneut mit der Regierungserweiterung beschäftigt.

Die Deutsche Reichspartei hat nach Schluß der Sitzung ihrer Reichstagsfraktion ebenso am 8 Uhr folgende Entschließung gefasst: "Der Standpunkt der Deutschen Reichspartei in der Frage der Regierungserweiterung ist folgender: Er hat sich nicht geändert. Die Richtlinien der Reichstagsfraktion erheben die Kommandatur des Reichskanzlers gegenüber den Vertretern der sozialdemokratischen Fraktion zurück. Vielleicht ist dies Deutbarkeit mit Abstand gewählt, um so weitere Verhandlungen zu ermöglichen. Sie dürfen voraussichtlich bereits Donnerstag beginnen und als dritte Periode die überfällige Sitzung nach einer Regierungserweiterung beenden.

Die demokratische Reichstagsfraktion trat am Mittwochmorgen gemeinsam mit dem Vorstand der republikanischen Landtagsfraktion zusammen. Der Abg. Eretzkin erbrachte einen Bericht über die politische Lage und die Richtlinien des Reichskanzlers Marx. Einmahl wurde nach eingehender Debatte folgende Entschließung angenommen:

"Die Fraktion des Deutschen Demokratischen Rates erhält eine Anerkennung der Regierung in der späten politischen Lage nicht für erwünscht; die Lösung wichtiger Aufgaben, deren Bearbeitung durch die Regierung eingesetzt ist, und das Bedürfnis nach einer Verhinderung einer Regierungserweiterung. Sollte eine Änderung der Zustimmungserweiterung der Regierung durch die Haltung anderer Fraktionen sich nicht vermeiden lassen, dann würden wir gemäß dem Vorschlag des Raupius eine nach rechts und links erweiterte Tatsache Realität unsre Unterhaltung nicht verlegen."

Die Zentrumsfaktion des Reichstages brachte sich am Mittwoch ebenfalls mit der Frage der Regierungserweiterung. Einleitend der Reichskanzler einen Bericht über die bisherigen Verhandlungen. Die Fraktion sah dann nach einer ganz kurzen Debatte folgende Entschließung: "Die Zentrumsfaktion des Reichstages hält seit an ihrer Überzeugung, daß nur ein in innerer Einigkeit gesetztes Volk Deutschland retten, der durch die Annahme des Landesabkommen gesetzten gesamtstaatlichen Lage gerecht werden und die uns auslösenden schweren Lasten unter starker Wiedergewinnung aller schwächeren Kräfte der Arbeit und der Wirtschaft ausgleichen. Auch darf erschaffen. Ziel einer baldigen völligen Befreiung des befreiten Gebietes ist auf diesem Wege am besten zu erreichen. Die Zentrumspartei unterstützt daher nachdrücklich die von dieser Grundannahme beruhenden Bemühungen des Reichskanzlers Marx, die bestehende Koalition durch Zusammenschluß aller zu aufwandernden Minderheit bereiten Parteien von rechts und links zu vereinigen und dadurch eine gerechte und gesicherte Regierung zu schaffen. Die Zentrumspartei erwartet von der vorläufigen Übereinstimmung und der Staatsverantwortung aller zur Minderheit beruhenden Parteien bestimmt, daß sie sich unter Zurücklegung jeglicher Parteienteressen der dem Volksgemeinschaft am Wiederaufbau des Landes annehmen." Der Reichskanzler hat die Führer der Regierungsparteien zu einer neuen Besprechung über die Regierungserweiterung für den heutigen Donnerstagvormittag zu sich geholt. In diesen Verhandlungen soll hauptsächlich das Ergebnis der Fraktionserörterungen erörtert werden.

An der kommenden großen Anhörung werden sich auch Holland und die Schweiz beteiligen. In dem seit Wochen andauernden Streit der Bergarbeiter des belgischen Kohlenfeldes von Borinage ist ein neuer Einigungsbund am Mittwoch gescheitert.

Macdonalds entscheidende Niederlage.

Schwerer Misstrauensantrag im englischen Unterhaus angenommen. - Der Sturz des Kabinetts? - Neuwahlen?

(Londoner Eigenmeldung.) Am Mittwoch nachmittag trat das Unterhaus an der mit der größten Spannung erwarteten Sitzung, die über das Schicksal des Arbeitskabinett entscheiden sollte, zusammen. Den kritischen Geschäftsvorberichtigungsgegenantrag bildete ein Antrag der Conservativen, dem Attorney-General. Der höchste richterliche Beamte Englands, der bei jedem Kabinettwechsel neu ernannt wird, einen Tadel auszusprechen, soll er die Strafverfolgung gegen den kommunistischen Arbeitskabinett anstreben hat. Campbell hat vor länger Zeit erklärt, daß die Aufhebung der Strafverfolgung auf politischen Zusagen ihr erfolgt ist. Die Conservativen nehmen an, daß der Attorney-General zur Aufhebung der Strafverfolgung von der Arbeitserziehung veranlaßt wurde. Das ist der Ausgangspunkt des Misstrauensantrags. Da dem Conservativen Tadelantrag schon die liberale einen Zustimmung gegeben, der eine Untersuchung des Vorganges verlangt. Macdonald hat erklärt, daß er diesen Tadel gegen den Attorney-General nicht ausführen werde und daß er den liberalen Antrag auf Untersuchung als ein beileidiges des Misstrauens aussäße.

Der Attorney-General hat am Mittwoch, im Unterhaus die Aufhebung der Strafverfolgung gegen Campbell verteidigt. Er sagte, die Strafverfolgung war unabdingbar aus der ersten Anfang eingeleitet worden. Er habe sie angehoben, als er von Abgeordneten der Arbeitspartei informiert wurde, daß er von Militär-Berdenstabilität erworben habe und daß er nur vorübergehend kommunalistische Rebuteuren gewesen ist. Unter diesen Umständen sei er nicht daran gewesen, daß die Strafverfolgung mehr Zeit als August machen würde. Dem Premierminister sei am 8. August gesagt worden, daß Campbell vor Gericht erscheinen müsse. Da sprach Macdonald die Meinung aus, daß dieser Prozeß nicht durchgeführt werden sollte.

(Media-Werbung aus London.) Die Abstimmung im Unterhaus, die nach dreihundert Verhandlung morgens gegen 1. Uhr erfolgte, ergab die Niederlage der Regierung. Der liberale Krieg auf Einschaltung einer Untersuchungskommission ist darauf mit 359 gegen 198 Stimmen verworfen. Der Konservative Antrag wurde mit 354 gegen 198 Stimmen angenommen. Macdonald hatte vorher die Regierung die Annahme des liberales Unterhauses ebenfalls als eine beleidigende Widerrede

zu einem geplanten

Wo bleibt die Klarheit?

Aus Berlin wird uns geschrieben: Die bisherigen Verhandlungen des Reichskanzlers zu einer Regierungserweiterung lassen deutlich zwei Perioden erkennen, die im Verlauf der nächsten Tage durch eine dritte ergänzt werden dürfen. An ihrem Ausgang steht der Bürgerblock oder die Auflösung des Reichstages. Nichts anderes!

Die erste Periode ist vorüber. Sie besteht in den ergiebigen Verhandlungen mit den Parteiführern. Die zweite Periode wurde eingeleitet durch ein schiedliches Ultimatum der Reichspartei, das Richtlinien als Basis für die weiteren Verhandlungen verlangte. Diese Richtlinien hat der Reichskanzler in Übereinstimmung mit dem Reichskaufmannsminister am Mittwoch vormittag den Fraktionen in schriftlicher Auslösung zugestellt. Ihre Form ist äußerst dehnbar und ihr Inhalt bleibt weit hinter den mindernden Erklärungen des Reichskanzlers gegenüber den Vertretern der sozialdemokratischen Fraktion zurück. Vielleicht ist dies Deutbarkeit mit Abstand gewählt, um so weitere Verhandlungen zu ermöglichen. Sie dürften voraussichtlich bereits Donnerstag beginnen und als dritte Periode die überfällige Sitzung nach einer Regierungserweiterung beenden.

Bevor die dritte Periode der Verhandlungen eingeleitet wird, haben die Reichstagsfraktionen am Mittwoch zu der Frage einer Regierungserweiterung und den Richtlinien des Reichskanzlers Stellung genommen. Auch die sozialdemokratische Fraktion beschäftigte sich mit dem Programmenvorwurf und erörterte in diesem Zusammenhang gleichzeitig die Haltung ihrer Führer im Verlauf der bisherigen Verhandlungen. Sie billigte die von den Genossen Hermann Müller, Otto Wels und Hilferding gewählte Taktik und erklärte sich unter Bestätigung der Neuerungen, die von der sozialdemokratischen Fraktion gegenüber dem Reichskanzler gegenüber befreit gemacht worden sind, zu weiteren Verhandlungen bereit. Diese Billigung der Verhandlungsführung bedeutet eine vollkommene Übereinstimmung mit dem Ziel, das die Fraktion bis hier verfolgt hat, und dem Ergebnis, das die Fraktion von der jetzt geführten Verhandlungen wünscht. Fraktionseleitung und Fraktion wollen den Bürgerblock, die Volkgemeinschaft der Ausbeuter, verhindern und die Rechte der arbeitenden Bevölkerung in jeder Beziehung so gut als möglich sichern. Das — nichts anderes ist der Sinn ihrer Tätigkeit.

Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet durfte sich die Fraktion mit den dehnbaren Formulierungen des Reichskanzlers, die übrigens von der "Deutschen Zeitung" als "Naivität" und "unannehmbar" für eine nationale Partei bezeichnet werden, nicht einverstanden erklären. Gewiß mögen die Richtlinien den von Dr. Marx und seinen Ministern in den letzten Monaten verfolgten Regierungsprogramm entsprechen. Aber ebenso kann die Fraktion von der jetzt geführten Verhandlungen wünschen, die Fraktionseitung und Fraktion wollen den Bürgerblock, die Volkgemeinschaft der Ausbeuter, verhindern und die Rechte der arbeitenden Bevölkerung in jeder Beziehung so gut als möglich sichern. Das — nichts anderes ist der Sinn ihrer Tätigkeit.

Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet darf sie sich die Fraktion mit den dehnbaren Formulierungen des Reichskanzlers, die übrigens von der "Deutschen Zeitung" als "Naivität" und "unannehmbar" für eine nationale Partei bezeichnet werden, nicht einverstanden erklären. Gewiß mögen die Richtlinien den von Dr. Marx und seinen Ministern in den letzten Monaten verfolgten Regierungsprogramm entsprechen. Aber ebenso kann die Fraktion von der jetzt geführten Verhandlungen wünschen, die Fraktionseitung und Fraktion wollen den Bürgerblock, die Volkgemeinschaft der Ausbeuter, verhindern und die Rechte der arbeitenden Bevölkerung in jeder Beziehung so gut als möglich sichern. Das — nichts anderes ist der Sinn ihrer Tätigkeit.

Vor allem bedarf der Abzug 1 der Richtlinien eine grundsätzliche Ergänzung. Es spricht wohl von der

Reichsverfassung als der "rechtsverbindlichen Grundlage des staatlichen Lebens", vermeidet aber mit Vorliebe, offen beim Namen zu nennen und vor der deutschen Republik zu reden. Als staatsverhaltende, republikanische Partei hatte die Sozialdemokratie allen Anlaß, in diesem Falle um die notwendige Aufführung zu bitten und darauf zu verzweifeln, daß die Deut-

nationalen, insbesondere ihr Führer Schläger-Schönings, erst vor wenigen Tagen in Braunschweig die Rechtmäßigkeit

hingestellt hatte. Auch die außenpolitischen Richtlinien des Reichskanzlers sind in der vorliegenden Form durchaus dürftig. Sie werden, falls sie in ihrer bisherigen Formulierung nicht einverstanden erklären. Gewiß mögen die Richtlinien den von Dr. Marx und seinen Ministern in den letzten

Monaten verfolgten Regierungsprogramm entsprechen. Aber ebenso kann die Fraktion von der jetzt geführten Verhandlungen wünschen, die Fraktionseitung und Fraktion wollen den Bürgerblock, die Volkgemeinschaft der Ausbeuter, verhindern und die Rechte der arbeitenden Bevölkerung in jeder Beziehung so gut als möglich sichern. Das — nichts anderes ist der Sinn ihrer Tätigkeit.

Vor allem bedarf der Abzug 1 der Richtlinien eine grundsätzliche Ergänzung. Es spricht wohl von der

Reichsverfassung als der "rechtsverbindlichen Grundlage des staatlichen Lebens", vermeidet aber mit Vorliebe, offen beim Namen zu nennen und vor der deutschen Republik zu reden. Als staatsverhaltende, republikanische Partei hatte die Sozialdemokratie allen Anlaß, in diesem Falle um die notwendige Aufführung zu bitten und darauf zu verzweifeln, daß die Deut-

nationalen, insbesondere ihr Führer Schläger-Schönings, erst vor wenigen Tagen in Braunschweig die Rechtmäßigkeit

hingestellt hatte. Auch die außenpolitischen Richtlinien des Reichskanzlers sind in der vorliegenden Form durchaus dürftig. Sie werden, falls sie in ihrer bisherigen Formulierung nicht einverstanden erklären. Gewiß mögen die Richtlinien den von Dr. Marx und seinen Ministern in den letzten

Monaten verfolgten Regierungsprogramm entsprechen. Aber ebenso kann die Fraktion von der jetzt geführten Verhandlungen wünschen, die Fraktionseitung und Fraktion wollen den Bürgerblock, die Volkgemeinschaft der Ausbeuter, verhindern und die Rechte der arbeitenden Bevölkerung in jeder Beziehung so gut als möglich sichern. Das — nichts anderes ist der Sinn ihrer Tätigkeit.

Vor allem bedarf der Abzug 1 der Richtlinien eine grundsätzliche Ergänzung. Es spricht wohl von der

Reichsverfassung als der "rechtsverbindlichen Grundlage des staatlichen Lebens", vermeidet aber mit Vorliebe, offen beim Namen zu nennen und vor der deutschen Republik zu reden. Als staatsverhaltende, republikanische Partei hatte die Sozialdemokratie allen Anlaß, in diesem Falle um die notwendige Aufführung zu bitten und darauf zu verzweifeln, daß die Deut-

nationalen, insbesondere ihr Führer Schläger-Schönings, erst vor wenigen Tagen in Braunschweig die Rechtmäßigkeit

hingestellt hatte. Auch die außenpolitischen Richtlinien des Reichskanzlers sind in der vorliegenden Form durchaus dürftig. Sie werden, falls sie in ihrer bisherigen Formulierung nicht einverstanden erklären. Gewiß mögen die Richtlinien den von Dr. Marx und seinen Ministern in den letzten

Monaten verfolgten Regierungsprogramm entsprechen. Aber ebenso kann die Fraktion von der jetzt geführten Verhandlungen wünschen, die Fraktionseitung und Fraktion wollen den Bürgerblock, die Volkgemeinschaft der Ausbeuter, verhindern und die Rechte der arbeitenden Bevölkerung in jeder Beziehung so gut als möglich sichern. Das — nichts anderes ist der Sinn ihrer Tätigkeit.

Vor allem bedarf der Abzug 1 der Richtlinien eine grundsätzliche Ergänzung. Es spricht wohl von der

Reichsverfassung als der "rechtsverbindlichen Grundlage des staatlichen Lebens", vermeidet aber mit Vorliebe, offen beim Namen zu nennen und vor der deutschen Republik zu reden. Als staatsverhaltende, republikanische Partei hatte die Sozialdemokratie allen Anlaß, in diesem Falle um die notwendige Aufführung zu bitten und darauf zu verzweifeln, daß die Deut-

nationalen, insbesondere ihr Führer Schläger-Schönings, erst vor wenigen Tagen in Braunschweig die Rechtmäßigkeit

hingestellt hatte. Auch die außenpolitischen Richtlinien des Reichskanzlers sind in der vorliegenden Form durchaus dürftig. Sie werden, falls sie in ihrer bisherigen Formulierung nicht einverstanden erklären. Gewiß mögen die Richtlinien den von Dr. Marx und seinen Ministern in den letzten

Monaten verfolgten Regierungsprogramm entsprechen. Aber ebenso kann die Fraktion von der jetzt geführten Verhandlungen wünschen, die Fraktionseitung und Fraktion wollen den Bürgerblock, die Volkgemeinschaft der Ausbeuter, verhindern und die Rechte der arbeitenden Bevölkerung in jeder Beziehung so gut als möglich sichern. Das — nichts anderes ist der Sinn ihrer Tätigkeit.

Vor allem bedarf der Abzug 1 der Richtlinien eine grundsätzliche Ergänzung. Es spricht wohl von der

Reichsverfassung als der "rechtsverbindlichen Grundlage des staatlichen Lebens", vermeidet aber mit Vorliebe, offen beim Namen zu nennen und vor der deutschen Republik zu reden. Als staatsverhaltende, republikanische Partei hatte die Sozialdemokratie allen Anlaß, in diesem Falle um die notwendige Aufführung zu bitten und darauf zu verzweifeln, daß die Deut-

nationalen, insbesondere ihr Führer Schläger-Schönings, erst vor wenigen Tagen in Braunschweig die Rechtmäßigkeit

hingestellt hatte. Auch die außenpolitischen Richtlinien des Reichskanzlers sind in der vorliegenden Form durchaus dürftig. Sie werden, falls sie in ihrer bisherigen Formulierung nicht einverstanden erklären. Gewiß mögen die Richtlinien den von Dr. Marx und seinen Ministern in den letzten

Monaten verfolgten Regierungsprogramm entsprechen. Aber ebenso kann die Fraktion von der jetzt geführten Verhandlungen wünschen, die Fraktionseitung und Fraktion wollen den Bürgerblock, die Volkgemeinschaft der Ausbeuter, verhindern und die Rechte der arbeitenden Bevölkerung in jeder Beziehung so gut als möglich sichern. Das — nichts anderes ist der Sinn ihrer Tätigkeit.

Vor allem bedarf der Abzug 1 der Richtlinien eine grundsätzliche Ergänzung. Es spricht wohl von der

Reichsverfassung als der "rechtsverbindlichen Grundlage des staatlichen Lebens", vermeidet aber mit Vorliebe, offen beim Namen zu nennen und vor der deutschen Republik zu reden. Als staatsverhaltende, republikanische Partei hatte die Sozialdemokratie allen Anlaß, in diesem Falle um die notwendige Aufführung zu bitten und darauf zu verzweifeln, daß die Deut-

nationalen, insbesondere ihr Führer Schläger-Schönings, erst vor wenigen Tagen in Braunschweig die Rechtmäßigkeit

hingestellt hatte. Auch die außenpolitischen Richtlinien des Reichskanzlers sind in der vorliegenden Form durchaus dürftig. Sie werden, falls sie in ihrer bisherigen Formulierung nicht einverstanden erklären. Gewiß mögen die Richtlinien den von Dr. Marx und seinen Ministern in den letzten

Monaten verfolgten Regierungsprogramm entsprechen. Aber ebenso kann die Fraktion von der jetzt geführten Verhandlungen wünschen, die Fraktionseitung und Fraktion wollen den Bürgerblock, die Volkgemeinschaft der Ausbeuter, verhindern und die Rechte der arbeitenden Bevölkerung in jeder Beziehung so gut als möglich sichern. Das — nichts anderes ist der Sinn ihrer Tätigkeit.

Vor allem bedarf der Abzug 1 der Richtlinien eine grundsätzliche Ergänzung. Es spricht wohl von der

Reichsverfassung als der "rechtsverbindlichen Grundlage des staatlichen Lebens", vermeidet aber mit Vorliebe, offen beim Namen zu nennen und vor der deutschen Republik zu reden. Als staatsverhaltende, republikanische Partei hatte die Sozialdemokratie allen Anlaß, in diesem Falle um die notwendige Aufführung zu bitten und darauf zu verzweifeln, daß die Deut-

nationalen, insbesondere ihr Führer Schläger-Schönings, erst vor wenigen Tagen in Braunschweig die Rechtmäßigkeit

hingestellt hatte. Auch die außenpolitischen Richtlinien des Reichskanzlers sind in der vorliegenden Form durchaus dürftig. Sie werden, falls sie in ihrer bisherigen Formulierung nicht einverstanden erklären. Gewiß mögen die Richtlinien den von Dr. Marx und seinen Ministern in den letzten

Monaten verfolgten Regierungsprogramm entsprechen. Aber ebenso kann die Fraktion von der jetzt geführten Verhandlungen wünschen, die Fraktionseitung und Fraktion wollen den Bürgerblock, die Volkgemeinschaft der Ausbeuter, verhindern und die Rechte der arbeitenden Bevölkerung in jeder Beziehung so gut als möglich sichern. Das — nichts anderes ist der Sinn ihrer Tätigkeit.

Vor allem bedarf der Abzug 1 der Richtlinien eine grundsätzliche Ergänzung. Es spricht wohl von der

Reichsverfassung als der "rechtsverbindlichen Grundlage des staatlichen Lebens", vermeidet aber mit Vorliebe, offen beim Namen zu nennen und vor der deutschen Republik zu reden. Als staatsverhaltende, republikanische Partei hatte die Sozialdemokratie allen Anlaß, in diesem Falle um die notwendige Aufführung zu bitten und darauf zu verzweifeln, daß die Deut-

nationalen, insbesondere ihr Führer Schläger-Schönings, erst vor wenigen Tagen in Braunschweig die Rechtmäßigkeit

hingestellt hatte. Auch die außenpolitischen Richtlinien des Reichskanzlers sind in der vorliegenden Form durchaus dürftig. Sie werden, falls sie in ihrer bisherigen Formulierung nicht einverstanden erklären. Gewiß mögen die Richtlinien den von Dr. Marx und seinen Ministern in den letzten

Monaten verfolgten Regierungsprogramm entsprechen. Aber ebenso kann die Fraktion von der jetzt geführten Verhandlungen wünschen, die Fraktionseitung und Fraktion wollen den Bürgerblock, die Volkgemeinschaft der Ausbeuter, verhindern und die Rechte der arbeitenden Bevölkerung in jeder Beziehung so gut als möglich sichern. Das — nichts anderes ist der Sinn ihrer Tätigkeit.

Vor allem bedarf der Abzug 1 der Richtlinien eine grundsätzliche Ergänzung. Es spricht wohl von der

Reichsverfassung als der "rechtsverbindlichen Grundlage des staatlichen Lebens", vermeidet aber mit Vorliebe, offen beim Namen zu nennen und vor der deutschen Republik zu reden. Als staatsverhaltende, republikanische Partei hatte die Sozialdemokratie allen Anlaß, in diesem Falle um die notwendige Aufführung zu bitten und darauf zu verzweifeln, daß die Deut-

nationalen, insbesondere ihr Führer Schläger-Schönings, erst vor wenigen Tagen in Braunschweig die Rechtmäßigkeit

hingestellt hatte. Auch die außenpolitischen Richtlinien des Reichskanzlers sind in der vorliegenden Form durchaus dürftig. Sie werden, falls sie in ihrer bisherigen Formulierung nicht einverstanden erklären. Gewiß mögen die Richtlinien den von Dr. Marx und seinen Ministern in den letzten

Monaten verfolgten Regierungsprogramm entsprechen. Aber ebenso kann die Fraktion von der jetzt geführten Verhandlungen wünschen, die Fraktionseitung und Fraktion wollen den Bürgerblock, die Volkgemeinschaft der Ausbeuter, verhindern und die Rechte der arbeitenden Bevölkerung in jeder Beziehung so gut als möglich sichern. Das — nichts anderes ist der Sinn ihrer Tätigkeit.

Vor allem bedarf der Abzug 1 der Richtlinien eine grundsätzliche Ergänzung. Es spricht wohl von der

Reichsverfassung als der "rechtsverbindlichen Grundlage des staatlichen Lebens", vermeidet aber mit Vorliebe, offen beim Namen zu nennen und vor der deutschen Republik zu reden. Als staatsverhaltende, republikanische Partei hatte die Sozialdemokratie allen Anlaß, in diesem Falle um die notwendige Aufführung zu bitten und darauf zu verzweifeln, daß die Deut-

nationalen, insbesondere ihr Führer Schläger-Schönings, erst vor wenigen Tagen in Braunschweig die Rechtmäßigkeit

hingestellt hatte. Auch die außenpolitischen Richtlinien des Reichskanzlers sind in der vorliegenden Form durchaus dürftig. Sie werden, falls sie in ihrer bisherigen Formulierung nicht einverstanden erklären. Gewiß mögen die Richtlinien den von Dr. Marx und seinen Ministern in den letzten

Monaten verfolgten Regierungsprogramm entsprechen. Aber ebenso kann die Fraktion von der jetzt geführten Verhandlungen wünschen, die Fraktionseitung und Fraktion wollen den Bürgerblock, die Volkgemeinschaft der Ausbeuter, verhindern und die Rechte der arbeitenden Bevölkerung in jeder Beziehung so gut als möglich sichern. Das — nichts anderes ist der Sinn ihrer Tätigkeit.

Vor allem bedarf der Abzug 1 der Richtlinien eine grundsätzliche Ergänzung. Es spricht wohl von der

Reichsverfassung als der "rechtsverbindlichen Grundlage des staatlichen Lebens", vermeidet aber mit Vorliebe, offen beim Namen zu nennen und vor der deutschen Republik zu reden. Als staatsverhaltende, republikanische Partei hatte die Sozialdemokratie allen Anlaß, in diesem Falle um die notwendige Aufführung zu bitten und darauf zu verzweifeln, daß die Deut-

nationalen, insbesondere ihr Führer Schläger-Schönings, erst vor wenigen Tagen in Braunschweig die Rechtmäßigkeit

hingestellt hatte. Auch die außenpolitischen Richtlinien des Reichskanzlers sind in der vorliegenden Form durchaus dürftig. Sie werden, falls sie in ihrer bisherigen Formulierung nicht einverstanden erklären. Gewiß mögen die Richtlinien den von Dr. Marx und seinen Ministern in den letzten

Monaten verfolgten Regierungsprogramm entsprechen. Aber ebenso kann die Fraktion von der jetzt geführten Verhandlungen wünschen, die Fraktionseitung und Fraktion wollen den Bürgerblock, die Volkgemeinschaft der Ausbeuter, verhindern und die Rechte der arbeitenden Bev

der Form zum Ausdruck zu bringen. In den wirtschaftlichen Richtlinien jungen wir ein flores Bekennnis zu dem Wahlingeck und den ausdrücklichen Willen zu seiner Ratifizierung vergeblich. Außerdem fehlt die eindeutige Feststellung darüber, in welcher Weise in Zukunft die hungernden Arbeitssuchenden, die Rentner und Kriegsbeschädigten befriedigt werden sollen und wie die Entschädigung der kleinen Sparer gedacht ist.

Es ist selbstverständlich, daß die von der sozialdemokratischen Bratton erzielte vorläufige Klärung nur auf den größten Teil der wichtigsten Fragen beschränkt ist. Ist sie erfolgt, dann gibt es andere Dinge zu klären. Nur der gewinnt den Kampf, der in diesem Klärungsprozeß die Nerven behält. Die Führung der sozialdemokratischen Partei wird diese Voraussetzung erfüllen. Hoffen wir, daß auch die Parteigenossenschaft den Kampf mit der gleichen Energie unterhält, mit der ihr Führer ihn aufgenommen haben und aussetzen werden.

Die Richtlinien des Kanzlers.

Die Richtlinien des Reichskanzlers über den Eintritt in die Volksrepublik, die am Mittwoch früh den Postkabinettensitzung übermittelt worden sind, lauten:

1. Die Verfassung vom 11. August 1919 wird als rechtswirksame Grundlage des staatlichen Lebens anerkannt. Jeder Beruf, jede Abänderung auf ungeliebtes, insbesondere gewünschtes Wege herbeiaufzuhören, wird demgemäß als Hochverrat zu verfolgen und zu bestrafen sein.

2. Die Richtlinien der Außenpolitik wird in erster Linie durch die Londoner Abmachungen bestimmt. Die auf Grund derselben erlaubten Rechte sind lokal auszuüben, ebenso wie wir die lokale Durchführung des Abkommenes von unten her angreifen erwarten. Die Regierung wird es sich anstreben, die Auswirkung der übernommenen Verpflichtungen aufs sorgfältig zu überwachen und die sich als notwendig erweisenenden Änderungen zu erreichen.

Die Aufnahme in den Völkerbund soll entsprechend der im deutschen Votumordnung niedergelegten Ausfassung restlos werden.

3. Bei der Kostenverteilung in Ausführung der gesetzten Orde sollen die Wahlstühle der Wirtschaftsvertretungen und der sozialen Vertretungen angewendet werden. Die beschiedenen Finanzierungen sollen nach diesen Grundsätzen durchgesetzt werden.

4. Als eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung wird es betrachtet, die sozialen Leistungen dem Bedürfnis entsprechend zu steigern, wobei die finanzielle Lage des Reiches es erlaubt.

5. Wirtschaftspolitisch wird möglichste Steigerung der Produktion und des Ausgangsgrades der Arbeit angestrebt werden, um die internationale Arbeits- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu sichern, wie sie insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt der Reparationsabzahlung unzureichend ist. Zugleich wird Grundkredit der wirtschaftlichen Freiheit werden, damit Eingriffe nur innerhalb in Betriebe kommen, die sie notwendig erscheinen, um eine wirtschaftsfähige Unterhaltung der Wirtschaftsfreiheit von anderen Seite abzuwehren. Bei Übung der Gewerkschaften außenhandelspolitischer Aufgaben wird mit der Stärkung der industriellen Produktion gleichzeitig auf die mögliche Förderung der Ausfuhr auf dem Boden von Gewerkschaften und Wirtschaftsgemeinschaften und die tatsächliche Schonung des Verbrauchs hingearbeitet werden.

(Nachrichten-Meldungen.) Der Beschluß der Deutschen Nationalen Bündespatriot wurde erst in später Abendstunde veröffentlicht. Es heißt in ihm u. a.: Das Vorhaben des Herrn Reichskanzlers entspricht nicht den Forderungen der Deutschen Nationalen Bündespatriot. Nachdem der Reichskanzler den Gedanken der Volksgemeinschaft in den Vordergrund gestellt hat, verlangen wir, daß jetzt für die Volksgemeinschaft eingetreten wird. Wir fordern voran eine gemeinsame Befreiungskampf, die in der Zusammenfassung aller auf Christliche und auf nationalem Boden stehenden Kreise ihr Ziel und auch wünschen, daß die Sicherheiten darin geschaffen werden, daß alle an der vorgelesenen Gemeinschaft teilnehmenden Kreise sich zu folgenden Punkten bekennen: 1. Christliche Jugendziehung und Volksbildung, 2. Abhebung des die Volksgemeinschaft verbindenden Klosteramtes, 3. durch weitere amtliche Verfolgung der Regierungserklärung vom 29. August, der Abhebung der Kreisschuldtugend. — Der Beschuß wurde, wie partizipativ mitgeteilt wird, gegen einige Stimmen einstimmig gefasst.

Ziffern vom Personalabbau im Reich.

Eine Übersicht über den Personalabbau im Reich in der Zeit vom 1. April bis zum 30. Juni 1924 zeigt folgendes Bild:

Bei den Reichsbehörden, einschließlich der Reichsverwaltungen (Reichsamt, Reichsbahn, Reichsdeut.) und an plärräumigen Beamten 5654 entlassen wurden. An außerplanmäßigen Beamten 1110, an Beamten im Vorbereitungsdienst 14; demgegenüber stand in demselben Zeitraum neu eingestellt worden 261 plärräumige Beamte, 101 außerplanmäßige Beamte, 10 Beamte im Vorbereitungsdienst.

Bon den 5654 entlassenen plärräumigen Beamten entfielen 23 auf Gehaltsgruppe I, 163 auf Gruppe II, 802 auf Gruppe III, 888 auf Gruppe IV, 1406 auf Gruppe V, 944 auf Gruppe VI, 499 auf Gruppe VII, 307 auf Gruppe VIII, 226 auf Gruppe IX, 148 auf Gruppe X, 56 auf Gruppe XI, 27 auf Gruppe XII, 11 zwei Beamte auf Eingeschaltete Gruppe XIII. Bei den zur Entlassung kommenden außerplanmäßigen Beamten entfiel die Mehrzahl von rund 1000 auf Gruppe IV. Bei den Neuambilungen handelt es sich in der Regel (233 von 261 Beamten) um Gehaltsgruppe V.

Von den im Reichsdienst befindlichen Angestellten sind in demselben Zeitraum 2615 zur Entlassung gekommen und 610 neu eingestellt worden. Von den 2013 entlassenen Angestellten befanden sich 309 in Vergütungsgruppe III, 656 in Gruppe VII, 71 in Gruppe VIII, 275 in Gruppe VI, 190 in Gruppe VII, 76 in Gruppe VIII, 39 in Gruppe VI, 76 in Gruppe X, 25 in Gruppe XI, 3 in Gruppe XII. Von den Neuambilungen kommen hauptsächlich die Gruppen III und IV in Frage.

An Verwaltungs- und Beziehungsbeamten ist in demselben Zeitraum 341 entlassen, 7192 neu eingestellt worden. Der Anteil der neu eingestellten Bezieher entfällt nach der Deutschen mit 4683 Beziehungsbeamten auf das Reichsverwaltungsratium, und zwar auf die Abteilung für Wasserstraßen.

Eisenbahnkatastrophe in Italien.

(Wehrung aus Rom.) Am Mittwoch nachmittag um 1.15 Uhr entstieß in Blaustein bei Rom ein Zug aus Santa Margherita. Drei wurden tödlich und 14 schwer verletzt. Die Abendschäfte messen zu dem Unglück, das gleich nach der Abfahrt aus Santa Margherita die Lokomotive, der Treppenwagen und ein Schlafwagen des Zugzuges in folge Entgleisung zerstört wurden. Der Treppenwagen, der vorne bei sich, stürzte um. Im Zug befinden sich insgesamt ungefähr 60 Reisende. Der Lokomotivführer, der Fahrer, der Zugbegleiter und drei Reisende sind bisher als tot gemeldet.

Der Berliner Weltzeitungskongress wurde gestern aufgehoben.

Die Segelregatta nach Amerika soll am nächsten Sonntag unternommen werden.

Zum Ministerbesuch in Rüstringen.

Der Bevölkerungsrückgang in Frankreich.

(Barfüßer Eigenmeldung.) Die soeben vom Arbeitsministerium veröffentlichten Ziffern der französischen Bevölkerungsbewegung weisen einen neuen starken Rückgang auf. Der Geburtenüberschuss, der im zweiten Semester 1923 37 575 betragen hat, ist in der gleichen Zeit des Jahres 1924 auf 27 694 gesunken. Die Zahl der Getöteten ist von 105 438 auf 98 583 gesunken.

Die auf den 1. Oktober berechnete Großbaudépendenziffer des Statistischen Reichsamtes hat gegenüber dem Stande vom 30. September (181,5) weiter um 1,7 Prozent auf 183,7 angezogen.

Die Arbeitslosenziffer in England weist eine Zunahme um 18 560 gegen die Vorwoche auf. Damit hat die Gesamtziffer eine Höhe von 1 198 600 erreicht.

Dolkswirtschaft.

Der Grünauwall in Preußen. Die Statistische Korrespondenz veröffentlicht werbliche Angaben über den Zustand der Grünauwall im Bereich des Statistischen Reichsamtes hat gegenüber dem Stande vom 8. Oktober wieder auf die Entwicklung Wert gelegt, welche die Folgen des Ersten Weltkriegs auf die Bevölkerung und verhaltene Bevölkerung und verhaltene Bevölkerung und finanzielle Bevölkerung. Den Minister wird zunächst in einer Besichtigungsschafft die Lage der früheren Entwicklung der Stadt beobachten, die Siedlungsbedeutung dieser Entwicklung auf Augen schaute werden, aus die sich die Möglichkeit weiter wirtschaftlicher Entwicklung wird eingeschätzen. Die Zusammenfassung mit letzterem soll auch eine Besichtigung des Hafens vorgenommen werden, es werden sowohl eine Reihe von Betriebshäusern einbezogen, die die Entwicklung aufzeigen, wie z. B. die Hafenanlagen, die die Entwicklung Wert gezeigt werden, so und in welcher Umfang die österreichische Regierung bereits und in der Lage ist, den wirtschaftlichen Verstärkungen der Staats Hilfe angedroht zu lassen, nemlich auch in der Angelegenheit der Deutschen Werke. Ein Spätmittag wird ein kurzer gelegentlicher Entwurf vorgenommen werden, der die Möglichkeiten der weiteren Entwicklung erfasst.

Über die Schließung der Deutschen Werke u. a. in Rüstringen ist in der letzten Zeit bereits so viel geschrieben und geredet worden, das kaum noch etwas zu sagen übrig bleibt. Zur Information unserer Leser geben wir wie uns das nachschreibt, ebenso wie die lokale Durchführung des Abkommenes von unten her gegenwärtig erwartet. Die Regierung wird es sich anstreben, die Auswirkung der übernommenen Verpflichtungen aufs sorgfältig zu überwachen und die sich als notwendig erweisenenden Änderungen zu erreichen.

Die Aufnahme in den Völkerbund soll entsprechend der im deutschen Votumordnung niedergelegten Ausfassung restlos werden.

Bei der Kostenverteilung in Ausführung der gesetzten Orde sollen die Wahlstühle der Wirtschaftsvertretungen und der sozialen Vertretungen angewendet werden. Die beschiedenen Finanzierungen sollen nach diesen Grundsätzen durchgesetzt werden.

Als eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung wird es betrachtet, die sozialen Leistungen dem Bedürfnis entsprechend zu steigern, wobei die finanzielle Lage des Reiches es erlaubt.

5. Wirtschaftspolitisch wird möglichste Steigerung der Produktion und des Ausgangsgrades der Arbeit angestrebt werden, um die internationale Arbeits- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu sichern, wie sie insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt der Reparationsabzahlung unzureichend ist. Zugleich wird Grundkredit der wirtschaftlichen Freiheit werden, damit Eingriffe nur innerhalb in Betriebe kommen, die sie notwendig erscheinen, um eine wirtschaftsfähige Unterhaltung der Wirtschaftsfreiheit von anderen Seite abzuwehren. Bei Übung der Gewerkschaften außenhandelspolitischer Aufgaben wird mit der Stärkung der industriellen Produktion gleichzeitig auf die mögliche Förderung der Ausfuhr auf dem Boden von Gewerkschaften und Wirtschaftsgemeinschaften und die tatsächliche Schonung des Verbrauchs hingearbeitet werden.

Die Richtlinien des Kanzlers, die am Mittwoch früh den Postkabinettensitzung übermittelt worden sind, lauten:

1. Die Verfassung vom 11. August 1919 wird als rechtswirksame Grundlage des staatlichen Lebens anerkannt. Jeder Beruf, jede Abänderung auf ungeliebtes, insbesondere gewünschtes Wege herbeiaufzuhören, wird demgemäß als Hochverrat zu verfolgen und zu bestrafen sein.

2. Die Richtlinien der Außenpolitik wird in erster Linie durch die Londoner Abmachungen bestimmt. Die auf Grund derselben erlaubten Rechte sind lokal auszuüben, ebenso wie wir die lokale Durchführung des Abkommenes von unten her angreifen erwarten. Die Regierung wird es sich anstreben, die Auswirkung der übernommenen Verpflichtungen aufs sorgfältig zu überwachen und die sich als notwendig erweisenenden Änderungen zu erreichen.

Die Aufnahme in den Völkerbund soll entsprechend der im deutschen Votumordnung niedergelegten Ausfassung restlos werden.

Bei der Kostenverteilung in Ausführung der gesetzten Orde sollen die Wahlstühle der Wirtschaftsvertretungen und der sozialen Vertretungen angewendet werden. Die beschiedenen Finanzierungen sollen nach diesen Grundsätzen durchgesetzt werden.

4. Als eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung wird es betrachtet, die sozialen Leistungen dem Bedürfnis entsprechend zu steigern, wobei die finanzielle Lage des Reiches es erlaubt.

5. Wirtschaftspolitisch wird möglichste Steigerung der Produktion und des Ausgangsgrades der Arbeit angestrebt werden, um die internationale Arbeits- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu sichern, wie sie insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt der Reparationsabzahlung unzureichend ist. Zugleich wird Grundkredit der wirtschaftlichen Freiheit werden, damit Eingriffe nur innerhalb in Betriebe kommen, die sie notwendig erscheinen, um eine wirtschaftsfähige Unterhaltung der Wirtschaftsfreiheit von anderen Seite abzuwehren. Bei Übung der Gewerkschaften außenhandelspolitischer Aufgaben wird mit der Stärkung der industriellen Produktion gleichzeitig auf die mögliche Förderung der Ausfuhr auf dem Boden von Gewerkschaften und Wirtschaftsgemeinschaften und die tatsächliche Schonung des Verbrauchs hingearbeitet werden.

Die Richtlinien des Kanzlers, die am Mittwoch früh den Postkabinettensitzung übermittelt worden sind, lauten:

1. Die Verfassung vom 11. August 1919 wird als rechtswirksame Grundlage des staatlichen Lebens anerkannt. Jeder Beruf, jede Abänderung auf ungeliebtes, insbesondere gewünschtes Wege herbeiaufzuhören, wird demgemäß als Hochverrat zu verfolgen und zu bestrafen sein.

2. Die Richtlinien der Außenpolitik wird in erster Linie durch die Londoner Abmachungen bestimmt. Die auf Grund derselben erlaubten Rechte sind lokal auszuüben, ebenso wie wir die lokale Durchführung des Abkommenes von unten her angreifen erwarten. Die Regierung wird es sich anstreben, die Auswirkung der übernommenen Verpflichtungen aufs sorgfältig zu überwachen und die sich als notwendig erweisenenden Änderungen zu erreichen.

Die Aufnahme in den Völkerbund soll entsprechend der im deutschen Votumordnung niedergelegten Ausfassung restlos werden.

Bei der Kostenverteilung in Ausführung der gesetzten Orde sollen die Wahlstühle der Wirtschaftsvertretungen und der sozialen Vertretungen angewendet werden. Die beschiedenen Finanzierungen sollen nach diesen Grundsätzen durchgesetzt werden.

4. Als eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung wird es betrachtet, die sozialen Leistungen dem Bedürfnis entsprechend zu steigern, wobei die finanzielle Lage des Reiches es erlaubt.

5. Wirtschaftspolitisch wird möglichste Steigerung der Produktion und des Ausgangsgrades der Arbeit angestrebt werden, um die internationale Arbeits- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu sichern, wie sie insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt der Reparationsabzahlung unzureichend ist. Zugleich wird Grundkredit der wirtschaftlichen Freiheit werden, damit Eingriffe nur innerhalb in Betriebe kommen, die sie notwendig erscheinen, um eine wirtschaftsfähige Unterhaltung der Wirtschaftsfreiheit von anderen Seite abzuwehren. Bei Übung der Gewerkschaften außenhandelspolitischer Aufgaben wird mit der Stärkung der industriellen Produktion gleichzeitig auf die mögliche Förderung der Ausfuhr auf dem Boden von Gewerkschaften und Wirtschaftsgemeinschaften und die tatsächliche Schonung des Verbrauchs hingearbeitet werden.

Die Richtlinien des Kanzlers, die am Mittwoch früh den Postkabinettensitzung übermittelt worden sind, lauten:

1. Die Verfassung vom 11. August 1919 wird als rechtswirksame Grundlage des staatlichen Lebens anerkannt. Jeder Beruf, jede Abänderung auf ungeliebtes, insbesondere gewünschtes Wege herbeiaufzuhören, wird demgemäß als Hochverrat zu verfolgen und zu bestrafen sein.

2. Die Richtlinien der Außenpolitik wird in erster Linie durch die Londoner Abmachungen bestimmt. Die auf Grund derselben erlaubten Rechte sind lokal auszuüben, ebenso wie wir die lokale Durchführung des Abkommenes von unten her angreifen erwarten. Die Regierung wird es sich anstreben, die Auswirkung der übernommenen Verpflichtungen aufs sorgfältig zu überwachen und die sich als notwendig erweisenenden Änderungen zu erreichen.

Die Aufnahme in den Völkerbund soll entsprechend der im deutschen Votumordnung niedergelegten Ausfassung restlos werden.

Bei der Kostenverteilung in Ausführung der gesetzten Orde sollen die Wahlstühle der Wirtschaftsvertretungen und der sozialen Vertretungen angewendet werden. Die beschiedenen Finanzierungen sollen nach diesen Grundsätzen durchgesetzt werden.

4. Als eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung wird es betrachtet, die sozialen Leistungen dem Bedürfnis entsprechend zu steigern, wobei die finanzielle Lage des Reiches es erlaubt.

5. Wirtschaftspolitisch wird möglichste Steigerung der Produktion und des Ausgangsgrades der Arbeit angestrebt werden, um die internationale Arbeits- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu sichern, wie sie insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt der Reparationsabzahlung unzureichend ist. Zugleich wird Grundkredit der wirtschaftlichen Freiheit werden, damit Eingriffe nur innerhalb in Betriebe kommen, die sie notwendig erscheinen, um eine wirtschaftsfähige Unterhaltung der Wirtschaftsfreiheit von anderen Seite abzuwehren. Bei Übung der Gewerkschaften außenhandelspolitischer Aufgaben wird mit der Stärkung der industriellen Produktion gleichzeitig auf die mögliche Förderung der Ausfuhr auf dem Boden von Gewerkschaften und Wirtschaftsgemeinschaften und die tatsächliche Schonung des Verbrauchs hingearbeitet werden.

Die Richtlinien des Kanzlers, die am Mittwoch früh den Postkabinettensitzung übermittelt worden sind, lauten:

1. Die Verfassung vom 11. August 1919 wird als rechtswirksame Grundlage des staatlichen Lebens anerkannt. Jeder Beruf, jede Abänderung auf ungeliebtes, insbesondere gewünschtes Wege herbeiaufzuhören, wird demgemäß als Hochverrat zu verfolgen und zu bestrafen sein.

2. Die Richtlinien der Außenpolitik wird in erster Linie durch die Londoner Abmachungen bestimmt. Die auf Grund derselben erlaubten Rechte sind lokal auszuüben, ebenso wie wir die lokale Durchführung des Abkommenes von unten her angreifen erwarten. Die Regierung wird es sich anstreben, die Auswirkung der übernommenen Verpflichtungen aufs sorgfältig zu überwachen und die sich als notwendig erweisenenden Änderungen zu erreichen.

Die Aufnahme in den Völkerbund soll entsprechend der im deutschen Votumordnung niedergelegten Ausfassung restlos werden.

Bei der Kostenverteilung in Ausführung der gesetzten Orde sollen die Wahlstühle der Wirtschaftsvertretungen und der sozialen Vertretungen angewendet werden. Die beschiedenen Finanzierungen sollen nach diesen Grundsätzen durchgesetzt werden.

4. Als eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung wird es betrachtet, die sozialen Leistungen dem Bedürfnis entsprechend zu steigern, wobei die finanzielle Lage des Reiches es erlaubt.

5. Wirtschaftspolitisch wird möglichste Steigerung der Produktion und des Ausgangsgrades der Arbeit angestrebt werden, um die internationale Arbeits- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu sichern, wie sie insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt der Reparationsabzahlung unzureichend ist. Zugleich wird Grundkredit der wirtschaftlichen Freiheit werden, damit Eingriffe nur innerhalb in Betriebe kommen, die sie notwendig erscheinen, um eine wirtschaftsfähige Unterhaltung der Wirtschaftsfreiheit von anderen Seite abzuwehren. Bei Übung der Gewerkschaften außenhandelspolitischer Aufgaben wird mit der Stärkung der industriellen Produktion gleichzeitig auf die mögliche Förderung der Ausfuhr auf dem Boden von Gewerkschaften und Wirtschaftsgemeinschaften und die tatsächliche Schonung des Verbrauchs hingearbeitet werden.

Die Richtlinien des Kanzlers, die am Mittwoch früh den Postkabinettensitzung übermittelt worden sind, lauten:

1. Die Verfassung vom 11. August 1919 wird als rechtswirksame Grundlage des staatlichen Lebens anerkannt. Jeder Beruf, jede Abänderung auf ungeliebtes, insbesondere gewünschtes Wege herbeiaufzuhören, wird demgemäß als Hochverrat zu verfolgen und zu bestrafen sein.

2. Die Richtlinien der Außenpolitik wird in erster Linie durch die Londoner Abmachungen bestimmt. Die auf Grund derselben erlaubten Rechte sind lokal auszuüben, ebenso wie wir die lokale Durchführung des Abkommenes von unten her angreifen erwarten. Die Regierung wird es sich anstreben, die Auswirkung der übernommenen Verpflichtungen aufs sorgfältig zu überwachen und die sich als notwendig erweisenenden Änderungen zu erreichen.

Die Aufnahme in den Völkerbund soll entsprechend der im deutschen Votumordnung niedergelegten Ausfassung restlos werden.

Bei der Kostenverteilung in Ausführung der gesetzten Orde sollen die Wahlstühle der Wirtschaftsvertretungen und der sozialen Vertretungen angewendet werden. Die beschiedenen Finanzierungen sollen nach diesen Grundsätzen durchgesetzt werden.

4. Als eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung wird es betrachtet, die sozialen Leistungen dem Bedürfnis entsprechend zu steigern, wobei die finanzielle Lage des Reiches es erlaubt.

5. Wirtschaftspolitisch wird möglichste Steigerung der Produktion und des Ausgangsgrades der Arbeit angestrebt werden, um die internationale Arbeits- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu sichern, wie sie insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt der Reparationsabzahlung unzureichend ist. Zugleich wird Grundkredit der wirtschaftlichen Freiheit werden, damit Eingriffe nur innerhalb in Betriebe kommen, die sie notwendig erscheinen, um eine wirtschaftsfähige Unterhaltung der Wirtschaftsfreiheit von anderen Seite abzuwehren. Bei Übung der Gewerkschaften außenhandelspolitischer Aufgaben wird mit der Stärkung der industriellen Produktion gleichzeitig auf die mögliche Förderung der Ausfuhr auf dem Boden von Gewerkschaften und Wirtschaftsgemeinschaften und die tatsächliche Schonung des Verbrauchs hingearbeitet werden.

Die Richtlinien des Kanzlers, die am Mittwoch früh den Postkabinettensitzung übermittelt worden sind, lauten:

1. Die Verfassung vom 11. August 1919 wird als rechtswirksame Grundlage des staatlichen Lebens anerkannt. Jeder Beruf, jede Abänderung auf ungeliebtes, insbesondere gewünschtes Wege herbeiaufzuhören, wird demgemäß als Hochverrat zu verfolgen und zu bestrafen sein.

2. Die Richtlinien der Außenpolitik wird in erster Linie durch die Londoner Abmachungen bestimmt. Die auf Grund derselben erlaubten Rechte sind lokal auszuüben, ebenso wie wir die lokale Durchführung des Abkommenes von unten her angreifen erwarten. Die Regierung wird es sich anstreben, die Auswirkung der übernommenen Verpflichtungen aufs sorgfältig zu überwachen und die sich als notwendig erweisenenden Änderungen zu erreichen.

Die Aufnahme in den Völkerbund soll entsprechend der im deutschen Votumordnung niedergelegten Ausfassung restlos werden.

Bei der Kostenverteilung in Ausführung der gesetzten Orde sollen die Wahlstühle der Wirtschaftsvertretungen und der sozialen Vertretungen angewendet werden. Die beschiedenen Finanzierungen sollen nach diesen Grundsätzen durchgesetzt werden.

4. Als eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung wird es betrachtet, die sozialen Leistungen dem Bedürfnis entsprechend zu steigern, wobei die finanzielle Lage des Reiches es erlaubt.

5. Wirtschaftspolitisch wird möglichste Steigerung der Produktion und des Ausgangsgrades der Arbeit angestrebt werden, um die internationale Arbeits- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu sichern, wie sie insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt der Reparationsabzahlung unzureichend ist. Zugleich wird Grundkredit der wirtschaftlichen Freiheit werden, damit Eingriffe nur innerhalb in Betriebe kommen, die sie notwendig erscheinen, um eine wirtschaftsfähige Unterhaltung der Wirtschaftsfreiheit von anderen Seite abzuwehren. Bei Übung der Gewerkschaften außenhandelspolitischer Aufgaben wird mit der Stärkung der industriellen Produktion gleichzeitig auf die mögliche Förderung der Ausfuhr auf dem Boden von Gewerkschaften und Wirtschaftsgemeinschaften und die tatsächliche Schonung des Verbrauchs hingearbeitet werden.

Die Richtlinien des Kanzlers, die am Mittwoch früh den Postkabinettensitzung übermittelt worden sind, lauten:

1. Die Verfassung vom 11. August 1919 wird als rechtswirksame Grundlage des staatlichen Lebens anerkannt. Jeder Beruf, jede Abänderung auf ungeliebtes, insbesondere gewünschtes Wege herbeiaufzuhören, wird demgemäß als Hochverrat zu verfolgen und zu bestrafen sein.

2. Die Richtlinien der Außenpolitik wird in erster Linie durch die Londoner Abmachungen bestimmt. Die auf Grund derselben erlaubten Rechte sind lokal auszuüben, ebenso wie wir die lokale Durchführung des Abkommenes von unten her angreifen erwarten. Die Regierung wird es sich anstreben, die Auswirkung der übernommenen Verpflichtungen aufs sorgfältig zu überwachen und die sich als notwendig erweisenenden Änderungen zu erreichen.

Die Aufnahme in den Völkerbund soll entsprechend der im deutschen Votumordnung niedergelegten Ausfassung restlos werden.

Bei der Kostenverteilung in Ausführung der gesetzten Orde sollen die Wahlstühle der Wirtschaftsvertretungen und der sozialen Vertretungen angewendet werden. Die beschiedenen Finanzierungen sollen nach diesen Grundsätzen durchgesetzt werden.

4. Als eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung wird es betrachtet, die sozialen Leistungen dem Bedürfnis entsprechend zu steigern, wobei die finanzielle Lage des Reiches es erlaubt.

5. Wirtschaftspolitisch wird möglichste Steigerung der Produktion und des Ausgangsgrades der Arbeit angestrebt werden, um die internationale Arbeits- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu sichern, wie sie insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt der Reparationsabzahlung unzureichend ist. Zugleich wird Grundkredit der wirtschaftlichen Freiheit werden, damit Eingriffe nur innerhalb in Betriebe kommen, die sie notwendig erscheinen, um eine wirtschaftsfähige Unterhaltung der Wirtschaftsfreiheit von anderen Seite abzuwehren. Bei Übung der Gewerkschaften außenhandelspolitischer Aufgaben wird mit der Stärkung der industriellen Produktion gleichzeitig auf die mögliche Förderung der Ausfuhr auf dem Boden von Gewerkschaften und Wirtschaftsgemeinschaften und die tatsächliche Schonung des Verbrauchs hingearbeitet werden.

Die Richtlinien des Kanzlers, die am Mittwoch früh den Postkabinettensitzung übermittelt worden sind, lauten:

1. Die Verfassung vom 11. August 1919 wird als rechtswirksame Grundlage des staatlichen Lebens anerkannt. Jeder Beruf, jede Abänderung auf ungeliebtes, insbesondere gewünschtes Wege herbeiaufzuhören, wird demgemäß als Hochverrat zu verfolgen und zu bestrafen sein.

2. Die Richtlinien der Außenpolitik wird in erster Linie durch die Londoner Abmachungen bestimmt. Die auf Grund derselben erlaubten Rechte sind lokal auszuüben, ebenso wie wir die lokale Durchführung des Abkommenes von unten her angreifen erwarten. Die Regierung wird es sich anstreben, die Auswirkung der übernommenen Verpflichtungen aufs sorgfältig zu überwachen und die sich als notwendig erweisenenden Änderungen zu erreichen.

Die Aufnahme in den Völkerbund soll entsprechend der im deutschen Votumordnung niedergelegten Ausfassung restlos werden.

Bei der Kostenverteilung in Ausführung der gesetzten Orde sollen die Wahlstühle der Wirtschaftsvertretungen und der sozialen Vertretungen angewendet werden. Die beschiedenen Finanzierungen sollen nach diesen Grundsätzen durchgesetzt werden.

4. Als eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung wird es betrachtet, die sozialen Leistungen dem Bedürfnis entsprechend zu steigern, wobei die finanzielle Lage des Reiches es erlaubt.

5. Wirtschaftspolitisch wird möglichste Steigerung der Produktion und des Ausgangsgrades der Arbeit angestrebt werden, um die internationale Arbeits- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu sichern, wie sie insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt der Reparationsabzahlung unzureichend ist. Zugleich wird Grundkredit der wirtschaftlichen Freiheit werden, damit Eingriffe nur innerhalb in Betriebe kommen, die sie notwendig erscheinen, um eine wirtschaftsfähige Unterhaltung der Wirtschaftsfreiheit von anderen Seite abzuwehren. Bei Übung der Gewerkschaften außenhandelspolitischer Aufgaben wird mit der Stärkung der industriellen Produktion gleichzeitig auf die mögliche Förderung der Ausfuhr auf dem Boden von Gewerkschaften und Wirtschaftsgemeinschaften und die tatsächliche Schonung des Verbrauchs hingearbeitet werden.

Die Richtlinien des Kanzlers, die am Mittwoch früh den Postkabinettensitzung übermittelt worden sind, lauten:

1. Die Verfassung vom 11. August 1919 wird als rechtswirksame Grundlage des staatlichen Lebens anerkannt. Jeder Beruf, jede Abänderung auf ungeliebtes, insbesondere gewünschtes Wege herbeiaufzuhören, wird demgemäß als Hochverrat zu verfolgen und zu bestrafen sein.

freitag,
den 10. Oktober 1924

Jadestädtische Umschau.

Rütingen, den 9. Oktober.

Vom Himmel hoch, da komm' ich her . . . Der berühmte Kaiserkarneval am Rosenmontag ist wieder verfehlungswollen. Weitere hunderttausend Besucher eingestiegen, die der problemlosen Karnevalssaison keinen Nutzen bringen. Die geringe Zahl zeigt sehr deutlich, wie hoch oder tiefer, wie niedrig man das ganze Unternehmen einstufen kann. Judem weiß jeder, daß der Mittwoch ein Arbeitstag und kein Feiertag ist! Also schon diese Verlegung konnte niemals als Erfolg für das am letzten Sonntag eingegangene gelten. Wie man gelassen ungefähr eine Stunde geblieben ist, erklärte ironisch, daß der Absprung nicht stattgefunden hätte, da aus Freien kein Flugzeug einflog. Ein Motorwagen wegen der so ähnlich. Der Pilot selbst soll angeschossen gewesen sein. Muriend sag' man also im Negen noch keine. Für den mit der trüben Soche verwinkelten jahreläßigen Zechode und Heimatvertrieb ist die ganze Angelegenheit nicht eben schmeichelhaft. Ein Renommee hat einen kleinen Anreiz bekommen und wird dieses neue Unterfangen zur Erhebung der Jadefärbte" durch eine gewisse Lebzei sein. Judem bleibt noch die wichtigste Frage: was wird aus den am Sonntag eingegangenen 1000 Mark Eintagskärtchen? Von Rechtsanwälten gelchen müßten diese die Belücher restlos zur Rechenschaft verhören. Denn das, wofür man sie in Empfang nahm, das hat man diesen nicht erhalten. Kompliziert und unromantisch aber wäre, wenn man es wäre, doch 500 Mark davon an den Unternehmer der letzten Soche ausbezahlt werden würden. So die Sache. Und da behauptet man immer, in den Jadehäfen wäre kein Stoff für ein Wibbelat.

Heinrich Vogeler in Rütingen. Dok. Heinrich Vogeler aus Worpriese eine interessante Persönlichkeit ist, daran ist nicht zu zweifeln. Als Räubermeister genoss er sogar internationale Aufmerksamkeit und hat ihn daher Brodhaus in sein Berlin aufgenommen. Wie hören hier Seinerzeit in einer Auflösung über Worpriese im allgemeinen und Vogeler im besonderen berichtet, unser Leser dürfte daher manches an diesen Dingen heran sein. Absehn Monate in Vogeler auf Einladung der Sovjetregierung in Russland gewesen, hat dort Studien getrieben, neue Bilder geschaffen und ist nun wieder nach Worpriese zurückgekehrt. Seitens wendt spricht er in Rütingen über russische Geschichte und russische Einwohner. Worpriese war neu, viele auch interessant. Heinrich Vogeler sieht die Welt bestimmt durch eine besondere kommunistische Brille an. Ein großer Mensch zweifellos, und als solcher vielleicht doch den realen Dingen des täglichen Lebens und des heutigen politischen Geschehens nicht recht entwachsen. Eine Schörmennatur ist vielleicht charakteristisch. Und daher: als Worpriese wird Heinrich Vogeler's Name noch lange auf und Bedeutung haben, als Politiker nicht, ohne möglichst die Parteidiscipline der Kommunisten. Am Schluß seiner Ausführungen wünschte Vogeler, daß Fragen über russische Geschichte gestellt würden, die er beantworten wolle. Alles blieb ruhig. Nun war offenbar schon klug genug. Am Abreisen: Heinrich Vogeler, dem Minister und Reichsminister bei seinem Besuch in den Jadehäfen, unsern wärmsten Gruss!

Perfektionstandaufnahme. Durch höchste Beamte und Angestellte sind in diesen Tagen die Formulare zur diesjährigen Personalaufnahme in den Häusern der Stadt verteilt worden. Diese Formulare sind bis Sonntag den 12. 10. auszufüllen und zur Abholung bereit zu halten. Noch kommt es eine solche Sozialabgabe ausfüllen. An Hand dieserlisten werden auch die Meldestellen im Weddewar, nachgeprüft und etwa veränderte Standeszeichnungen und sonstige erforderliche Angaben ergänzt bzw. bestätigt. Wenn eine Wohnung von zwei oder mehr Familien bewohnt wird, so hat jede Familie eine Wohnungsausfüllung auszufüllen. Wer eine allein verbleibende Wohnung nicht erhalten hat, möge diese im Meldeamt (Rathausstraße 8, Bismarckstraße) in Empfang nehmen. Die Liste in einfach, alle Personen eines Haushalts sind darin zu verzeichnen, also auch Eltern, Kinder, Dienstboten, Untermieter und Schulfreilernierter, wie, gleichzeitig, ob diese Personen Einkommen haben oder nicht. Auch Personen, die am 10. Oktober vorübergehend in der Wohnung ansiedeln, sowie Kinder und sonstige zum Haushalt gehörende Personen, die vielleicht infolge Berufsvorstellung anderwohin wohnen, finden in der Liste aufzuftischen. Über den Stand und Bewußt sind genaue Angaben zu machen.

Wichtigste Berichtserstattung. Heute, Donnerstag, um 3 Uhr, findet im Rathaus "Beteckte", eine Berichtserstattung der SPD statt. Vollzähliges Erscheinen ist notwendig.

Frau Hempels Tochter.

Roman von Alice Verend.

14)

Und sie rechnete ihm vor, daß sie in 20 Jahren 500 Mark verbraucht habe, die sie jetzt auf der Sparstufe hätten können. "Wieder sag' du denn auf der Sparstufe, Einheit!" fragte Hempel vorwichtig. Er wartete schon lange auf eine Gelegenheit zu dieser Frage.

"Das hab' ich im Augenblick nicht so im Kopf," sagte Anna. Dagegen fiel ihr im selben Augenblick ein, daß sie zu Bomback hinaufkommen sollte. Sie stellte den Bein auf die Wand und nickte Hempel und seine Rummungen allein.

Oben wurde sie von Hemmert rüttig empfangen, der sich nach Hempels Befehl erstaunlich und zu kehren ließ, rüttigte sie, hielt und linderte weiteren Widerstand. Er wollte ihnen erlauben, in der leer stehenden Wohnung des Gartenhauses jeden Morgen die neue Badezonne zu benutzen.

"Wenn nur die Kosten nicht so teuer wären," sagte Frau Hempel, wahrscheinlich um Herrn Bomback's Güte auf die Spalte zu treiben.

"Ach, diese paar Pfennige werden Sie schon für Ihren Kleidungsbrand, freuen kann' übrig haben," sagte Herr Bomback bestreitend. "Alle wissen Sie ja jeden Morgen ein Bad, und dann läufern Sie natürlich wieder Staube und Blumen aufs Schönste. Sie werden sehen, wie mir das das tut wird."

Frau Hempel erzählte Hempel von der Kunst des Haushaltens, die ihr nicht anders als ein fäuler Spatz schien.

Sie wußte nicht, daß Hemmert den Menschen verändert. Hempel bestand sofort auf sein Bad, denn er wollte wieder aufzufinden. Er tat seiner Anna viel zu leid, als daß sie seinen Wunsch hätte abstoßen können.

"Verdienen wir's," sagte sie und schleppte auch schon einen Eimer Wasser unter den Hof.

"Als sie den Krantzen ins Bad holt, sagte sie:

"Du alter Strampel, nun gib' die Waffe, doch daß das herrliche Bad gelund macht, und sie lächle wieder einmal das altes, verträumtes Lachen.

Hoff und guter Wille sind gewiß gute Heilmethoden, aber es muß doch erst Rücksicht werden, ob Hempel den Hammer wieder schwingen könnte.

Festlich

wurde ein Sonntags, wo man die Stühle nach oben zu holen.

"Schwarz-Rot-Gold" in Oldenburg. Bei der Sonnabendsitzung noch Oldenburg sei noch mitgeteilt, daß auch Anträge an bestimmte Blätter Sachen der einzelnen Kommandoschaften seien. In Oldenburg ist eine Schließung der Museen und sonstigen Schauspielstätten unter sozialpolitischer Führung sowie ein öffentliches Wahlkampffest organisiert zum Vorteil der Kriegerwitwen und -väter vorgesehen.

Eine Hochschule für den Arbeitersport!

Der Arbeiter-Turn- und Sportbund will neben seinem in Leipzig gelegenen Bundeshaus (das neben einem Geschäftshaus mit eigener Druckerei noch vier Wohnhäuser mit 48 Wohnungen umfaßt) eine Zentral-Bildungsanstalt für Arbeitersport errichten. Die Notwendigkeit des Bauens ergibt sich aus dem durch das Hochamt des Bundes bedingten Vorhandensein von guten und gesicherten Funktionen. Die bisherige zentrale Ausbildung geschah in der vor zwölf Jahren errichteten Bundesturnhalle unter Mitbeteiligung von städtischen Schulbeamten, bei denen aber die Abhaltung der Kurse stark beeinträchtigt wurde durch die zeitliche und räumliche Begrenzung der Übungsstunden. Die gebührenpflichtige Erweiterung, wie aber auch die Bildungsfähigkeit der Sparten im Arbeiter-Turn- und Sportbund verhindert, daß dieser allen an ihm beteiligten Bedürfnissen gerecht wird. Die Ausbildung von genügend geschulten Turn- und Sportmannschaften, Vorturnern,



Fußballspiel- und Turnspielseiten, Schießsälen, Berichtsräumen, Schwimm- und Badewannen, von gut ausgebildeten Vereinsfunktionären und Jugendleitern, von jener jedoch das Ziel wäre es unbedingt gewünscht, eine die bis jetzt geschaffene Arbeit des Bundes zu übernehmen. Eine die bis jetzt 1922 das Bundesfest, eine multikulturelle, organisatorische und technische Arbeit, in solch einer Einrichtung durchführen zu können. Wenn dennoch das derzeitige Vereinsgebäude weiter genutzt werden soll, so mag dies als der bestreite Bereich für diejenigen sein, die von den Nebenleistungen der bürgerlichen Kultur frei zu machen und eine eigene wirtschaftliche Kultur zu pflegen. Diesem Zwecke soll die neuerrichtete Zentralhochschule dienen, die neben den Arbeitsräumen der dort bestellten technischen Beamten mit Hörsälen, Lehrräumen, ärztlichen Untersuchungs- und Beratungsräumen, einer Doppelturnhalle von je 14x21 Meter Ausmaß und einem Schwimmbecken von 12x8 Meter enthalten soll. Für die dann laufend abzuhaltenden Kurse sollen für deren Leitende und weibliche Rücksicht sollen Schlafräume, gemeinsame und weibliche Aufenthalts- und Ruheräume geschaffen werden. Ein eigenes photographisches Atelier soll der bildlichen Darstellung der Leistungsbewerbe dienen. Die Schule soll einem bis 24 Meter Höhe sich erhebenden Turm gefestigt, stellt einen Saalbaukörper von 650 000 Mark dar. Die Ausführung dieser Wölde soll laut Beschluss des Bundesvorstandes zu Kiel geschehen durch einen von jedem Mitglied zu zahlenden Extrabetrag von einer Mark.

Mutter, der Frühling ist da," und sie führte den Vater, weil er wieder gelöst war.

Hempel lächelte zufrieden und fragte, daß man es jetzt weniger meinte, wenn es Sommer sei.

In seinem Gesicht hatte die sommerschöne Winter manche Rüne hinterlassen. Als er sich mit Sehnsucht das alte Kleidchen anzusetzen wolle, kam Frau Hempel laut weinend aus ihrem Laden auf ihn zugelaufen. Sie hatte über ihr helles Sonntagskleid ein schwarzes Tuch gelegt. Jeder konnte von weitem sehen, daß da etwas Trauriges geschah war. Man ging in den Keller hinunter, und hier erzählte Frau Hempel, daß ihre Schwester eine Witwe geworden wäre.

Da Hempel diese unglückliche Frau nicht kannten, waren sie in der vergangenen Lage ohne Worte, in die man immer gerät, wenn man an der Trauer oder Freude eines anderen nicht teilnehmen kann.

"Was war denn der Tod?" fragte Frau Hempel schlichlich.

"Schwimmlehrer," schluchzte die Gefrae.

"Das ist kein alltäglicher Tod!" sagte Hempel tröstend.

Endlich nahm Anna Hempel eine Tasse Kaffee und begann zusammenhangsweise zu erzählen.

Es läßt, wie wenn die unglückliche Schwester nicht nur ihren Mann, sondern auch die Vermögensverluste verloren hätte. Markeit in diesen Worten ist nicht jedermann's Soße, und sonst Hempel aus der ehemaligen Niede ihrer ehemaligen Radkabinen erzählt, war es leichter, wieder zu einem Mann zu kommen, als zu einem Vermögen. Ausserdem für diese Schweizer, die ein Oberstelle vom See weg einen wunderbaren Bogen. Aber der Mann wollte er auf ein Schiff aus, aus einer Welle gehen, und die Welle sollte ihn begleiten. Vorder oder nachst die ganze Welle verlaufen haben, sonst angenehme Schiff und Kellner ohne sie.

Der unterdrückte Frau Hempel die zärtliche Worte und fragte:

"Was für eine Welle?" antwortete Frau Hempel bestreitend, denn sie hatte schon früher einmal von ihrer Schwester erzählt.

Hempel und Anna gingen wieder hinaus vor das Haus, und die Frauen blieben allein.

Der Kaffee wurde zum zweitenmal eingeschenkt, und Frau Hempel fragte Anna überwältigt, ob Frau Hempel sich dort unten, denn er schmeide besonders gut und leichtgängig.

Frau Hempel saß, daß sie immer die oberste Stühle zu habe. Und dann kamen sie wieder auf die Schwimmankunft zurück. Es gehörte ein kleines, Wohnhaus dazu, zwei Stuben und eine

Abteilung des Circus Göttsche-Nihoff. Vor anderthalb Jahren gelangte gestern abend noch einmal das reichhaltige und abwechslungsreiche Programm zur Aufführung. Ein brauernder Kaffee überbrückte dann am Schluß des Abends die Gäste, die die Jadefärbte nur kurz Zeit befudten. Nach während der Nacht hat man abgebaut und ist davon heute morgen wieder in Strohzelte und Papier nach, daß man da war. Es ist eine gute Zeitung, wenn man denkt, daß die Deutschen bis 11 Uhr spielen und dann während des Sommers in den Nachts alles so schnell verpackt und verladen können, um schon morgen abend jenseits des Weier im neuen Südbaden Wiederum wieder aufzutreten.

Neues deutsches Gedächtnis. Seit längerer Zeit sind Gedächtnisse im Gang, um eine Rückkehr an deutsche Goldwährung zu ermöglichen. Um soviel die Idee abgeschlossen warden, und über auch schon Vorbereitungen für die Formgebung eines einzelnen deutschen Gedächtnisses getroffen worden. Eine Reihe von beworbenen Künstlern, die in Münze und Medaillenfragen bekanntesten Leistungen aufzuweisen haben, wurden zur Ausarbeitung von Entwürfen aufgefordert.

J. Der Verkehrsverein der Jadefärbte hält am Dienstag im Wilhelmshavener Rathaus eine erweiterte Vorstandssitzung ab, im zweiten Stock zum diesjährigen Deutschen Verkehrstag in Kielbergs eröffnet wurde, der wieder wertvolle Verdienste gesetzt und viele Preisungen gegeben hat. Soeben wurde mitgeteilt, daß wieder eine Belebung der Jadefärbte stattfindet, bei der die Abhaltung der Kurse stark beeinträchtigt wurde durch die zeitliche und räumliche Begrenzung der Übungsstunden. Die gebührenpflichtige Erweiterung, wie aber auch die Bildungsfähigkeit der Sparten im Arbeiter-Turn- und Sportbund verhindert, daß dieser allen an ihm beteiligten Bedürfnissen gerecht wird. Die Ausbildung von genügend geschulten Turn- und Sportmannschaften, Vorturnern,

Wilhelmshavener Tageblatt.

Bau der Handwerkerschule. Der Magistrat weist heute auf den Ausbau der Wilhelmshavener Handwerkerschule hin, der allen neunzehn Gewerben, die die Vorstadt ausmachen, die den Handwerker stellt, gerecht wird. Hier wird junger, tüchtiger, ehrlicher Leute Gelegenheit geben, sich weiterzubilden, ebenso findet sie eine Vorbereitung für diejenigen, die eine Fachschule besuchen wollen, und bietet älteren Handwerkern Gelegenheit, sich auf die Meisterprüfung vorzubereiten. Alten dienen kann der Besuch der Handwerkerschule nicht, wenn genau empfohlen werden.

Der Handwerksverein. Eine Auslandsschule für Kaufleute soll demnächst in Bremen ins Leben treten. Sie beweist eine planmäßige Vorbereitung ausgewählter junger Kaufleute für den Handwerksberufe mit dem Allgemeinen, die Förderung der Kenntnisse über die wichtigsten Gewerbeabschläge, deren Landes- und Wörterbuch nebst einer durchgehenden Bezeichnung der wichtigsten Unternehmensbürokratie in internationaler Sicht auf wissenschaftlicher Grundlage. Daneben soll die Bekämpfung der englischen und spanischen Sprache als Hindernis beseitigt werden. Die Südamerika eines des Hauptstandortes des Prof. Dr. Schomann, des Direktors des Stadtbauamts für Natur-, Wasser- und Handelsküste, den weitere bedeutende Auslandsschulen zur Seite stehen.

Motorradsaison. Motorradboot "Sieten" ist am 8. Oktober in Bremen ins Leben treten. Sie beweist eine planmäßige Vorbereitung ausgewählter junger Kaufleute für den Handwerksberufe mit dem Allgemeinen, die Förderung der Kenntnisse über die wichtigsten Gewerbeabschläge, deren Landes- und Wörterbuch nebst einer durchgehenden Bezeichnung der wichtigsten Unternehmensbürokratie in internationaler Sicht auf wissenschaftlicher Grundlage. Daneben soll die Bekämpfung der englischen und spanischen Sprache als Hindernis beseitigt werden. Die Südamerika eines des Hauptstandortes des Prof. Dr. Schomann, des Direktors des Stadtbauamts für Natur-, Wasser- und Handelsküste, den weitere bedeutende Auslandsschulen zur Seite stehen.

Kinderkostüm. Motorradboot "Sieten" ist am 8. Oktober in Bremen ins Leben treten. Sie beweist eine planmäßige Vorbereitung ausgewählter junger Kaufleute für den Handwerksberufe mit dem Allgemeinen, die Förderung der Kenntnisse über die wichtigsten Gewerbeabschläge, deren Landes- und Wörterbuch nebst einer durchgehenden Bezeichnung der wichtigsten Unternehmensbürokratie in internationaler Sicht auf wissenschaftlicher Grundlage. Daneben soll die Bekämpfung der englischen und spanischen Sprache als Hindernis beseitigt werden. Die Südamerika eines des Hauptstandortes des Prof. Dr. Schomann, des Direktors des Stadtbauamts für Natur-, Wasser- und Handelsküste, den weitere bedeutende Auslandsschulen zur Seite stehen.

Mutter. Vorn war ein kleiner Garten mit Sonnenblumen und hinter einer mit Schnittlauch und Petersilie. Nun war das ganze für einen Spottwitz zu verlaufen. Wer saßt, machte sein Glück. Frau Hempel, die sehr blaß aussah, fragte, warum Anna Hempel nicht zugreift. Anna Hempel erwiderte, daß sie kein Baugeld gehabt, und auch seitlich an Spülstein und nicht an Fenster gewohnt seien.

Als Frau Hempel endlich ging, wischte in der Karte der Freunde, den beiden Knochen. Auch war der Kofferstapel leer und Frau Hempel hatte nichts bestellt, was der Kofferstapel leer und Frau Hempel hätte verdeckt, mit Frau Hempel hinzugefahren, um sich das alles anzusehen. Bischlach konnte sie einen Käfer finden.

Wir wissen immer, was wir tun wollen, aber nie, was wir nicht tun. Es ist nicht unmöglich, daß der größte Fehler in dem Aufbau unseres Lebens darin liegt, daß wir den meisten Platz zur Ausübung unserer Entwickelung im Frühling haben. An den wenigen Tagen des Frühlings, wo alle Blüten schön und alle Bäume neu aussehen, was alles noch einmal so leicht und gut zu sein scheint als sonst.

Als sich Frau Hempel neben Frau Kempel, die nun ein hübsches Trauerkleid trug, der Badeanzug und dem kleinen Haube näherete, war alles so in Sonne gesetzt, und von mirsigem Gedächtnis überzogen, daß es wenig gegeben hätte, die nicht Befüllte dieser Platz hätten werden müssen. Wiederholte sich an das Duschbad des Kellers gewöhnt waren, wurden sofort gebeten.

Das Duschbad des Kellers war klar und frisch und spiegelte die Sonne wider. Die Badeanzüge waren neu gekleidet, hellgrün mit blauem Streifen, wie wenn die Karte des Oberstücks noch nicht Hempel berührte und alles bereitwillig erklärte, sonst. Dies hat den Tod noch alles selbst gemalt." Sie war Frau Hempel als Frau Godwin vorgestellt worden. Der Mann war aus dem Kabinett gewesen. Von dem Kabinett erfuhr Frau Hempel nur den Namen. Er hieß Arndal. Er war sehr liebenswürdig und herzlich, doch man für die nebenstehende Wiese, die Frau Hempel erst jetzt bemerkte, und die auch zum Sonnenbad gehörte, eine polizeiliche Erlaubnis brachte, wonach man Wasserdurchflüsse darauf auszuführen durfte. Auch früher hätten sie kaum auf Badezellen und Bädern gestanden und wer verhinderte, daß alles hier in Gang zu bringen.

"Hier könnte das größte Vergnügungsabstinktum der Welt erkennt," sagte er und fuhr mit einer großen Handbewegung wie ein

"Aber woran haben Sie alles so liegen lassen?" fragte Frau Hempel und lag Frau Godwin schaumend. (Bezeichnung folgt.)



Rüstringen.

Brotverteilung.

Die Ausgabe neuer Säckchen an die Kinder der Einwohner ist erfolgt am Freitag, den 1. Oktober, von 9 bis 1 Uhr vormittags, in der Rathausstraße 8, Marktstraße. Vergütung an die Brotstickerin wird wie im September d. J. gewährt.

Rüstringen, den 8. Oktober 1924.
Stadtmagistrat. Wohlstandserhaltung.

Wilhelmshaven.

Auf Grund des Gesetzes nur blinden und taubstummen Kinder werden die Eltern von blinden oder taubstummen Kindern, die das 4. Lebensjahr zugelebt haben, aufgefordert, diese in Januar 9 des Auswuchts sofort einzunehmen.

Es wird noch behoben darauf hingewiesen, daß die Eltern annehmen sind, für die eine Schulklasse infolge ihrer Bildungsunfähigkeit oder aus dem Grunde, weil die Eltern nicht den Unterricht längeren wünschen, nicht bestimmt werden.

Wilhelmshaven, den 6. Oktober 1924.
Der Registrator. Vortell.

Feierliche Beerdigungen Wilhelmshaven.

Beginn des Unterrichts für die Anfangs-, Waddens- und Kaufmännische Abteilung und für den Sonderkurs am 14. Oktober 1924 um 7.30 Uhr. Anmeldung und Bezug des Unterrichtsbuchs am 14. Oktober, 7.30 Uhr nachmittags. Unterrichtsfächer: Kaufkunde, Buchrechnung und Steuern für das Volk und Betriebswirtschaft, Mathe, Physik und Naturwissenschaften.

Feierliche Kürte für Trennen, Auseinandersetzung und Trennung von: Ehemaliger Ehemann, Schneiderei, keine Handarbeiten und Platten.

Das Schuljahr richtet sich nach der Zeitmerkmale und beträgt vornehmlich 5 Monate für die Domänenfeste, für den Wintersemester. Wilhelmshaven, den 6. Oktober 1924.
Der Registrator. Vortell.

Borgstede.

Gemäß § 16, Abs. 1 der Wahlordnung für die Wahlen an den Gemeinderäten im Kreis Oldenburg vom 14. 9. 1921 fordere ich hiermit zur Einreichung von Wahlvorschlägen für die am 14. November 1924.

November 1924
stiftende Riedwald des Gemeinderates auf. Wahlvorschläge müssen spätestens am 10. Oktober 1924 bei mir eingegangen sein.

Wähler sind alle deutschen Männer und Frauen, die das 25. Lebensjahr vollendet und denen das politische Gemeindebürgrecht zufließt.

Die Landgemeinde Borgstede bildet einen Wahlkreis. Zu wählen sind 18 Mitglieder.

In den Vorberichten sollen die in extremen Fällen vorgenommenen Bewerber nach Art und Ausmaße der Verteilung und die Art und Weise ihrer Wahlvorschläge sowie die Art und Weise der Abstimmung erläutert werden, doch über ihre Verlässlichkeit kann zweifel bestehen. Eine Abstimmungserklärung des Bewerbers ist beizulegen.

Ein Bewerber darf nur einmal vorgekehrt werden.

Die Unterzeichner der Vorberichte (entstehen 20 der Wahlberechtigten des Wahlbezirks unter jedem) können ihren Unterstrichen die Angabe ihres Namens und Standes und ihrer Wohnung befreien. Es sollen nicht dieselben Unterstrichen unter mehreren Wahlvorschlägen stehen. An jedem Wahlvorschlag ist ein Vertraulichkeitsverschluß zu bezeichnen, der die Abstimmungsergebnisse mit dem Wahlvorschlagschein verdeckt ist. In demselben Weise kann ein Vertreter des Vertrauensmannes bezeichnet werden. Jeder Wahlvorschlag soll mit einem auf die Parteistellung des Bewerbers hinweisenden oder einer sonstigen Form verdeckt sein, um von den anderen Wahlvorschlägen deutlich unterscheidbar zu sein. Die Vertrauensmänner sind unzählig. Die Vertrauensmänner und ihre Stellvertreter können nicht Vertreter des Wahlausschusses sein.

Borgstede, den 8. Oktober 1924.
Der Wahlkommissar für die Landgemeinde Borgstede.

J. Vett. St. Brunkens, Beig.

Stiftende Riedwald der Gemeinderäte.

Zur Wahrung der Rechte des Wahlausschusses für die Wahlen an den Gemeinderäten sind:

1. Landwirt Gustav Müller-Hohenberg,
2. Landwirt Gustav Höden-Winkelholz,
3. Landwirt Johann Müller-Hohenberg,
4. Schöpfer August Giers-Langemann,
5. Schöpfer August Hinsch-Zeitz,
6. Landwirt Ach. Hartmann-Johannesmoor,
7. Hausinger Georg Rödne-Reuborn,
8. Richter Bernhard Lott-Odenkrode.

Der Wahlausschuß tritt zu öffentlicher Sitzung über die Zulassung der Wahlvorschläge am Mittwoch den 23. Oktober 1924, nachmittags 5 Uhr, in der Rathausstraße 8, Marktstraße, mithin am Mittwoch den 12. November 1924, nachmittags 5 Uhr, im Tortegehaus in Borgstede zusammen.

Borgstede, den 8. Oktober 1924.
Der Wahlkommissar für die Landgemeinde Borgstede.

J. Vett. St. Brunkens, Beig.

Die Wahl der Mitglieder der Gemeinderäte findet am 14. November den 9. November 1924 statt.

Die Wahlen der Wahlberechtigten werden vom 10. Oktober 1924 bis 23. Oktober 1924 (vom 8.-12. Uhr und nachmittags von 6-8 Uhr), beide Tage einschließlich, im Gemeindebüro in Borgstede zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich soll, soweit dies vom 23. Oktober 1924 einschließlich, bei dem Gemeindvorstand schriftlich anzeigen oder zu Protokoll geben. Auf Anforderung sind die Beweismittel für die Unrichtigkeit heranzuziehen.

Zur Stimmberechtigung bei der Wahl werden nur diejenigen zugelassen, die in die Wählerliste aufgenommen sind.

Borgstede, den 8. Oktober 1924.

Gemeindewordt der Landgemeinde Borgstede.

J. Vett. St. Brunkens, Beig.

Für die am 9. November 1924 stattfindende Gemeinderatswahl ist Wahlamt Nr. 14, Gemeindewordt der Landgemeinde Borgstede, als Stellvertreter zu benennen. Beigeordneter ist zu benennen: Beigeordneter St. Brunkens.

Borgstede, den 8. Oktober 1924.

Gemeindewordt der Landgemeinde Borgstede.

J. Vett. St. Brunkens, Beig.

Varel.

Die Wahl der Mitglieder des Stadtrats wird auf Sonntag den 9. November 1924 stattfinden.

Die Wahlen der Wahlberechtigten liegen im Einwohnermeldeamt, das täglich von 2 bis 6 Uhr, an den Sonntagen von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Einschließen aufgenommen werden.

Wer die Wahlen für unrichtig oder unzulänglich hält, kann am Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags, zu jederzeitem Eins

Die Sozialpolitik des Deutschen Städtebundes

Von Bürgermeister Friedrich Kieser.

Der Deutsche Städtebund, die mächtige Organisation der größeren deutschen Städte, hat im kommunalpolitischen Leben des Deutschen Reiches eine sehr große Bedeutung. Sein Einfluss auf die Gesetzgebung ist weittragend. Es ist auch selbstverständlich, wenn seinen Anregungen und Vorschlägen meist Gehör geschenkt wird. Deshalb ist es notwendig, die Geschäftsführung des Deutschen Städtebundes einmal unter die kritische Lupe zu nehmen und zu prüfen, ob er immer das Richtige getan hat.

Der Deutsche Städtebund gibt zu einer solchen Kritik in der Presse schon rein äußerlich durchdringend Anlass, daß er auf seinen Tagungen keine Gelegenheit dazu bietet. Er sieht nicht an die Spalte seiner Tagesordnung, wie das die ähnlichen Verbände tun, einen Geschäftsbericht über die Tätigkeiten des Vorstandes und Hauptausschusses, so daß in einer Besprechung des Berichts die Bemängelungen angebracht werden können. Auch auf dem letzten Städtebund in Hannover war das nicht möglich, und infolgedessen haben die Städtebünde mehr die Eigenschaft großer Schaustellen.

Die Betrachtung soll sich zunächst nur auf das Gebiet der Sozialpolitik erstrecken, das die Arbeiter am lebensfeindlichen berührt. Unsere Sozialpolitik gerät fast ausschließlich in die drei großen Gebiete: Sozialversicherung, allgemeine soziale Fürsorge und Arbeiterricht. Der Deutsche Städtebund hat im Laufe der letzten Jahre zu manchen Einzelzweigen dieser Gebiete Stellung genommen und entsprechende Anträge an die gegebenen Stellen gelangen lassen. Gehen aus den Berichten des Stoffs nur einige Beispiele herausgegriffen. Soweit die soziale Versicherung in Frage kommt, hat der Deutsche Städtebund wiederholt die Invalidenversicherung gehandelt. Er war der Meinung, daß die Invalidenversicherung überhaupt aufgehoben werden müsse. In den Mitteilungen des Deutschen Städtebundes 1923, Nr. 14 heißt es: "Eine Sanierung unter Beibehaltung der Versicherungsgrundlage würde unnötige Verwaltungskosten erfordern." Beigehalten sei aus dem Versicherungsweg überhaupt nur die Gesundheitsfürsorge (Seilerversorgung), aber unter einfacher Aufbringung der Kosten. Dieselben Ansichten finden sich auch in den erwähnten Mitteilungen 1923 Seite 206 wieder. Ganz abgesehen von anderen Gründen ist eine solche Stellung schon vom rein fiskalischen Standpunkt der Gemeinden aus höchst widerstrebend. Bissher galt immer als einer der großen Vorteile der Sozialversicherung die Entlastung der Armenpflege. Wer möchte wohl jetzt auf ausgeborenen Invalidenversicherung die ehemaligen Invalidenrentenempfänger voll und ganz unterstützen, die Gemeinde oder der Staat? Es gehörte wahrscheinlich auch im Oktober 1923 kein großer Schriftsteller dazu, festzustellen, daß der Staat aus seinen Mitteln das nicht kann oder wenigstens nicht will und die ganzen Lasten jeder Invalidenrentenempfänger erbält wieder 14 Mark im Monat den Gemeinden zu zufallen würden. Die Gemeinden können also bestrebt sein, daß man den Vorschlägen des Städtebundes nicht folgt ist und die Invalidenversicherung wieder rekonstruiert wurde. Die Aufhebung der Invalidenversicherung hätte übrigens auch die anderen Versicherungswege ins Wanken gebracht.

Aus der allgemeinen sozialen Fürsorge wollen wir die Erwerbslosenfürsorge herausgreifen. Das preußische Arbeitsministerium erstreckte, die Feststellung und die Beteiligung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer den Landesarbeitsämtern zu übertragen, die das ihren Bereich betreiben sollten. Diesen Plan erwiderte der Städtebund entgegen. Er empfahl vielmehr den Aufbau - freiwillige Gefahrengemeinschaften für die Regierungsbürokrat. Der Städtebund und der Landkreis hätten für völlig verfehlte Gefahrengemeinschaften zwangsläufig so zu bilden, daß in ihrem Gebiet gleichmäßig Beiträge erhoben werden" heißt es in einem Rundschreiben vom 4. Juli 1924. Erfreulicherweise ist man auch hier nicht den Vorschlägen des Städtebundes gefolgt. Es sind in Preußen und fast allen Städten ein wenig beitragsgemeinschaften gebildet worden. Bei dem umständlichen Verfahren der Gründung freiwilliger Gefahrengemeinschaften wäre nämlich bis heute noch keine einzige Zustande gekommen. Die Folge wäre, daß die industriellen Bezirke mit ihrer großen Arbeitslosigkeit die Unterstellungen unmöglich ausführen könnten und dagegen die ländlichen Bezirke mit den länderlich geringsten Beiträgen auskämen.

Auch die Stellung des Deutschen Städtebundes zur Verordnung über die Fürsorgepflicht ist vielfach anfechtbar. In Nr. 14 (1923) der Mitteilungen wurde verlangt, daß die private Unterhaltungspflicht gegenüber Hilfsbedürftigen auch auszuüben ist auf entfernte Angehörige, mindestens aber Geschwister, Stiefeltern, Stieffinder, Schwiegereltern, Schwiegerländer. Ein Ergebnis wäre das natürlich eine Belastung der werktäglichen Bevölkerung, wobei die meisten Hilfsbedürftigen aufweisen und durch die Verminderung der Unterhaltungsaufwendungen infolge der vermehrten Entstaltungen eine Entlastung der reichen Steuerzahler. In den Mitteilungen vom 20. September 1924 heißt es, daß die Wohlfahrtspflege "unter dem Gesichtspunkt äußerster Einführung gestellt werden muß", und daß den Fürsorgebedürftigen überall nur das auf das knappste berechnete Existenzminimum genehmigt werden kann. Gegen die von sozialdemokratischer Seite verlangte Feststellung von Unterhaltungsmindesfächern müßte man sich "mit dem größten Nachdruck" wenden. An anderer Stelle heißt es, daß bei der Feststellung der Unterhaltungen auch Stand und Herkommen der Hilfsbedürftigen zu beachten sei!

Völkische Führer.

Eine Galerie ehrenwerter Männer.

Besinnlich wollen die Völkischen die niedrigelebige Verderbtheit auf hohen Höhen führen. Sie preisen sich an als die wahren Volksgläubiger, als die echten Freiheitskämpfer, die mit den besten Tugenden ausgestattet sind. Da es sie möglich ist, von Zeit zu Zeit die Tatschlichkeit diese Führer noch zu zeigen, damit sie erkennt, wie diese Helden ehrwürdig und wos auf ihnen Hochachtung zu geben ist, den sie in schlechtem Deutlich und mit falschem Pathos vortragen.

Das große Schöpfungsgericht in Stettin verurteilte den Goldschmied Franz Brechner zum Tod wegen Versetzung eines Geistes zum Schutz der Republik zu zwei Monaten Gefängnis. Der Verurteilte hatte im Brüderhof d. J. in einer Stammlaube des Völkischen bei einer großen Sauferei die Reaktion und den Reichspresidenten in nicht wiederzugebende Weise beschimpft. Von Gericht war der Angeklagte eine gewisse Sommerliche Gestalt. Von Vorwürfen wurde festgestellt, daß der politische Goldschmied bereits wegen verludener Sicherheitsinterrogation 900 Pf. Geldstrafe verurteilt worden ist. In der Urteilsbegründung heißt es: Das deutsche Staatsoberhaupt ist von der Wehrheit des deutschen Volkes geschützt und muß durch strenge Strafen vor Beschimpfung geschützt werden.

Im vorigen Jahr war Herr Willi Ditschel eine Leuchte des deutschnationalen Schuh- und Druckwarenhandels. Obwohl ein kleiner Familienname jüdischer Ursprungs ist, war er zum klassifizierten und Bezirksteileiter dieses Bundes bestimmt worden. Als Klassifizierer zeigte er sich besonders "ehrenamtlich" als Mitarbeiter tägl. Er vereintete es mit seinem "Geben", die Beiträge zu unterschreiben. Denn er brachte Geld, da ihm nur die magare Position aus dem Reitungsbericht des Bundes zur Verfügung stand. Und dieses Interesse ging leicht, laufen wollten die Freunde die volkstümliche Wohlthat nicht. Die Unterschreibungen wurden schließlich entdeckt und Ditschel wurde angezeigt. Das Staatsamtsgericht schrubbte auf Verlangen des polnischen Präsidenten und das Gericht riefte jedoch eine eigene Sitzung ein. Ditschel wurde damit nicht abschließen, weiter mit dem Dienstmann in Kontakt zu kommen. Er füllte die mit mehreren seiner völkischen Freunde Gefüllte 1 Millionenseelen wurden durch Änderung des ersten Nachlasses in Millionenseelen umgewandelt. Einiges war's! Herr Ditschel trat dazu bei, die Erinnerung des deutschen Wort noch mehr zu bekräftigen. Doch die Quittia passte ihm abermals Ditschel erhielt eine Strafe. Er war auf jeden Fall in einem völkischen Gefängnis verhaftet. Wird er entlassen, so sind neue völkische Gedanken von ihm zu erwarten, denn der Mann ist in den besten Jahren, da er im Jahre 1902 geboren ist.

Als dritte Nummer führen wir Herrn Rudolf Gancarz auf. Als dritter Nummer führen wir Herrn Rudolf Gancarz auf. Er war Geschäftsführer der deutschsozialen Freiheitspartei, und er mußte das Amt niederlegen, weil diese Partei verboten wurde. Jetzt ist er wieder bestätigt. Geld für völkische Verbände zu sammeln, denn der Finanzamt ist groß. Die Herrn Geschäftsführer hat an gerichtlichen Stellen erhalten: Wegen Urteil und Entlassung jedem Boden Gefängnis, wenn Unternehmensgefängnis, sonst 3 Jahre Haftstrafe und 10 Jahre Verlust der Bürgerrechte, wegen Urteilsentlassung und Vertrag 2 Monate Gefängnis. Die Reaktion hat gegen ihn in diesem Jahre das Leipzig-Schöpfungsgericht festgesetzt. Und dieser Mann ist heute noch eine Leidenschaft des Völkischen. Wie gratulieren. Das sind diejenigen, die hier herumlaufen, die Margolin auszureißen.

Als vierter und für heute letzte Nummer führen wir das Brunnens Hugo Bünzeli vor, der immer noch völkischer Führer ist, obwohl mit einem April eines jüdischen Lebenshandels bestellt war. Monaten gerechen haben. Er ist Geschäftsführer des Großvaterlicher Vereins der nationalen Arbeiterbewegung. Führer völkischer Organisationen und zusammen mit Reichsamt für Volksbildung und Arbeiterschaft der Vaterländischen Gewerbeverein. Hugo Bünzeli ist ein Vaterländischer Gewerbeverein. Er wurde Nationalrat für Vaterländische Gewerbeverein. Als Führer des Gewerbevereins besuchte er die Vodesta, wo er Vorstand unter Anwendung von Drohungen zu bestimmen wußte, mit geschicklich zu verfechten. Hugo Bünzeli war damals jung, beworben aber mit Befreiung des alten bis über 50 Jahre alten Prostitutionen. Diese Rolle als Sittenpolizist brachte ihm zwei Monate Gefängnis ein. Das Jahr 1912 mußte er wieder vor dem Strafrichter erscheinen. Er wurde des Vertragsabschließens unter einer abnormale eine Gefängnisstrafe. Trotzdem war er von 1912 bis 1918 vaterländischer Arbeiterschaftsführer (III). Im Kriege geriet er weg - wie die meisten völkischen Helden - durch bejones tapferen Verlusten aus. Obwohl er frischabwandsfähig war, blieb er im Lande und machte am liebsten Dienst bei Landsturmabteilungen, die nicht ins Feld zu ziehen brauchten. Hugo Bünzeli mußte später wegen einiger Ladendiebstahl und Urteilsentlassungen vor dem Strafrichter erscheinen. Ein einziger Geldstrafe kam er davon, weil damals eine milde Strafe bestand. Das in Hugo Bünzeli ist in ein Gewerbe mit Reichsamt für Volksbildung und Arbeiterschaft der Vaterländischen Gewerbeverein in Leipzig. Armes Vaterland! Wehe, wenn es wichtig von jüdischen Männern geführt werden würde.

Aus dem Gebiet des Arbeiterrichts ist bemerkenswert, daß der Städtebund aus reinen "Sparsamkeitsgründen" für eine Abtrennung des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts von den Gemeinden eintritt und eine Ansiedlung der "Justizbehörden" will. Was dies bedeutet, ist schon oft dargelegt worden. Neuerdings will der Städtebund "die Einschaffung der Verwaltung", wie die Bezeichnung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte nicht mehr durch Wahl, sondern durch Berufung der höheren Verwaltungsbehörde auf Grund von Vorschlägen bestellt werden. An einer anderen Stelle wird eine Änderung der Vorschriften über Arbeitszeit des Personals in den Anstalten (wirtschaftlichen Unternehmungen usw.) angeregt, sowohl sie einer "Erbung der Dienstleistung des Personals entgegenstehen."

Dieses Ereignis könnte noch beliebig erweitert werden.

Es dürfte aber genügen, um zu beweisen, daß diese Politik des Städtebundes keine "Sozial"politik ist. Diese Politik liegt ausnahmsweise unter Umstücken der Leidenschaft und reicht aus, um sie nicht als Reichsmeister verhindern zu können.

Der Reichsbund der Kinderrechten Deutschland, der weit über 100 000 Mitglieder in 500 Ortsgruppen umfaßt, hielt in Goslar seine diesjährige Bundesversammlung ab, an der etwa 140 Vertreter teilnahmen.

Eine französische Nordpolarexpedition.

Im März 1925 soll eine französische Expedition zur Erforschung des Nordpols abreisen, die von Jules de Becker geführt wird. Die französische Regierung unterstützt dieses Unternehmen, die Zeitung "Journal" sorgt für die Finanzierung und Propaganda. Wie es scheint, will Becker versuchen, den Pol im Flugzeug zu erreichen. Nahere Angaben sollen in den nächsten Tagen folgen. Die Expedition wird durch Junfernlegume täglich Radricht gegeben.

Die Scheidung hinter dem Rücken.

Die seltsame Überzahlung einer jungen Frau, die erste Ehe beglückte, die beiden dritten Eheglücke, lebt zwar seit Jahren getrennt; von ihrem Mann, aber der gerichtliche Scheidung war bisher nicht eingeleitet worden. Sie hat auch nie erforschen, daß ihr Mann derartige Schritte eingeschlagen habe. Mit einem Male, sie traute ihren Augen kaum, sah sie in der Zeitung, daß ein englischer Geschäftsführer der Ausbildung von dem Miffler Scroop ausgesprochen hatte. Sofort schickte sie alle Details in Vorengang auf den Grund zu kommen. Bis zur Stunde stellten sich die Rechenschaften auf Vermutungen. Aber es wird schon zu sein, daß Miffler Scroop, der schnell eine andre Frau, und zwar eine reiche Ausländerin geheiratet hat, nicht unzufrieden an der vorherigen Verbindung ist. Man vermutet, er habe mit falschen Dokumenten den Richter irrgewöhnt und die Scheidung ohne Wissen und Einwilligung der Frau erwungen. Scroop schwieg sich das, dann hat sich Scroop, abgesegnet von diesem Schwund, der Begierde schuldig gemacht.

Gold im Mund.

Eine Schiebung mit Goldzähnen unter Ausbildungskosten kam in einer Schiebung vor der Brandenburgischen Strafmauer an Sprunge. Wegen Beleidigung Müller angelangt. Müller hatte behauptet, daß der Wachbeamte Goldzähne der Strafgefangenen gegen Tobal und Bogenzahn eingeschlagen habe. Wegen dieser Ausbildung war Müller einerzeit zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Im Berufungsverfahren, zu dem sieben Strafgefangene als Zeugen geladen waren, stellte es sich tatsächlich heraus, daß Schätzungen mit Goldzähnen in der Strafanstalt vorgenommen sind. Die Gefangenen liehen sich von den Wachgefangenen ihre Goldzähne und verschoben diese durch Arbeitsergebnisse und Rollschuhlauf gegen Tobal, Bogenzahn und Bogenzahn. Auch in der Hauptverhandlung blieb der Angeklagte dabei, daß der Strafmauerwachbeamte Goldzähne verschoben habe. Die Verhandlung aber ergab kein Verhältnis zwischen den Beamten. Die Strafe wurde auf einen Monat Gefängnis ermauert.

Rüstringen i. O.

Wilhelmshavener

Straße 56

OTTO BECKER

Größtes Spezialhaus für
Herren- und Knaben-
bekleidung am Platze



Hansmar Branting, Führer der schwedischen Sozialisten.
Die Sozialdemokratische Partei erhielt bei den letzten Wahlen einen Zuspruch von nahezu 50 000 Stimmen und gewann fünf Mandate. Die Partei ist mit 104 Sitzen die weitauft stärkste im schwedischen Reichstag.



Landesbibliothek Oldenburg

